Freitag, 20. März 1925. | Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. | 64. Jahrgang. Nr. 66.

Erscheint an allen Werktagen.

Bezugspreis monatl. Zloty
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post . . . 3.50
ausschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Zloty
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105. 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.



(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Wenig beachtete Gefahren.

Wenn vom blauen Mittelmeer der Frühlingsföhn über die Rhodopen ins Maritzatal hinunterbraust, gerät das Blut der Balkanbewohner in politische Wallung, und Dolch und Revolver sitzen noch loser im Gürtel als zu anderen Zeiten. Nun ist es in diesem Jahr auch auf dem Balkan nicht so recht Winter geworden, wenigstens im Sinne der politischen Ruhezeit. Beunruhigende Nachrichten aus Bulgarien häufen sich seit Wochen. Politischer Mord auf offener Straße der Hauptstadt, Verhängung des Belagerungszustandes über verschiedene Bezirke, kommunistische Verschwörungen mit Unterstützung militärischer Abgesandter Moskaus, energisches Eingreifen der Regierung und Erweiterung der Regierungsbasis, um den bedrohlichen Angriffen gegen die staatliche Ordnung zu begegnen.

In Europa gewinnt man nur schwer Verständnis dafür, wenn von der kommunistischen Gefahr in einem so rein bäuerlichen Lande wie Bulgarien gesprochen wird, und wenn die bulgarischen Politiker der Staatsbejahung gegen ihre Feinde den Ausdruck „Agrarkommunisten“ gebrauchen. Was hat der schollentreue Bauer mit dem enteignenden Kommunismus zu tun? Nun, man muß sich eben alte Gepflogenheiten der bulgarischen Agrarverfassung vergegenwärtigen, muß an den gemeinsamen Landbesitz sowohl der „Großfamilie“ wie der politischen Gemeinde denken, und muß sich vor Augen halten, daß die Uebernahme des napoleonischen Erbteilungsrechtes durch ein Bauernvolk, in dessen einzelnen Familien eine Kinderzahl von einem Dutzend und darüber durchaus nicht die Ausnahme bildet, zu einer ungeheuren Zersplitterung der Bodenanteile geführt hat. Diese drei Vorbedingungen sind dem Agrarkommunismus durchaus günstig, so daß die bolschewistische Gefahr in Bulgarien um so ernster zu nehmen ist, als gerade die ländliche Bevölkerung unverändert auf die Anpassung an Rußland eingestellt ist.

Was aber in einer balkanischen Wetterecke vorgeht, das berührt nicht nur dieses einzelne Land, sondern ist regelmäßig von Bedeutung für den ganzen Balkan im weitesten Sinne. Auch hier muß man sich wieder die Besonderheiten der Länder nicht nur südlich der unteren Donau vergegenwärtigen. Ihr staatliches Eigenleben nach mehr oder weniger langer Türkenherrschaft ist jung, und auch dort, wo zurzeit der Befreiung der größere Teil der Bevölkerung noch aus Analphabeten bestand, gaben sich diese Länder unter äußeren Einflüssen eine Verfassung, die in höchstkultivierten Ländern des atlantischen Europas in Bezug auf demokratische Einstellung kaum erreicht war. In dieser „Liebesgabe“ für die jungen Balkanstaaten lag eine Perfidie des zaristischen Rußland. Denn man wollte von Rußland aus die Balkanländer beherrschen und wußte sehr gut, daß ihre Lage am schwierigsten, ständiger russischer Unterstützung und Bewachung am bedürftigsten sein würde, wenn man durch die Art der Verfassung für möglichst intensive innere Kämpfe und Parteizersplitterungen sorgte. Noch heute fühlen die Balkanstaaten in ihrem am Völkerleben gemessenen jugendlichen Alter sich mehr oder weniger unsicher und anpassungs- oder richtiger nachahmungsbedürftig. Außerordentlich bezeichnend war es in dieser Hinsicht, daß Bulgarien nach der Revolution von 1918 die äußere Form der Monarchie beibehielt, obwohl die Sobranje als einzige Kammer über eine zweifellos republikanische Mehrheit verfügte. Es wirkte das Beispiel der Nachbarn. Man behielt die monarchistische Form, weil auch Groß-Serbien und Rumänien bei dieser Form verblieben. Umgekehrt aber könnte der Nachahmungstrieb in den Nachbarländern wirken, wenn Bulgarien dem Bolschewismus verfiele, eine Gefahr, gegen die auch Rumänien durchaus nicht gefeit erscheint, nachdem die überstürzte Agrarreform den Bauern zwar Land gegeben hat, aber nicht die Fähigkeit und die materiellen und technischen Mittel, es zufriedenstellenderweise zu nutzen, so daß es auch hier an aufnahmefähigem Boden für die Übertragung von Ansteckungsstoffen des Agrarkommunismus nicht fehlen würde. Bei fortschreitender Infizierung Rumäniens aber hätte die Rote Armee am Dnjestr verhältnismäßig leichte Arbeit, um Rumänien vollends aufs Krankenlager zu zwingen. Die großen inneren Parteischwierigkeiten, unter denen das Land ohnehin leidet, erhöhen die Gefahr geringer Widerstandskraft gegen die Infektion.

Es ist also gewiß nicht nur eine rein bulgarische, ist auch nicht einmal nur eine rein balkanische Angelegenheit, die Europa als ferner Zuschauer in Seelenruhe betrachten kann, wenn gegenwärtig der bulgarische Agrarkommunismus von Moskau aus aufs neue außerordentlich intensiv geschürt wird und die Regierung in Sofia in verzweifelter Gegenwehr steht. Man möge die balkanische Ansteckungsgefahr nicht unterschätzen und sich klar darüber werden, was es für das übrige Europa bedeutet, wenn es Moskau gelingt, die Front des Bolschewismus, die bisher an der kultureuropäischen Ostgrenze liegt, durch die Donauländer auszudehnen zu einer weiten südlichen Umfassung Mitteleuropas. In diese südosteuropäischen Gefilde braucht nur erst einmal eine Bresche gelegt zu werden, um dem Bolschewismus weit über die Grenzen Bulgariens hinausgehende Siegeschancen zu geben.

Wie kriegen wir die Deutschen aus dem Lande.

Die Taktik soll geändert werden.

Daß dem „Kurjer Poznański“ noch nicht genug geschehen ist, wenn es sich darum handelt, die Deutschen aus dem Lande zu treiben, ist eine alte Tatsache. Immer neue Pläne werden aufgerollt, immer intensiver soll die Entdeutschung des Landes betrieben werden, immer energischer will man den hier noch lebenden Deutschen das Leben erschweren. Der Schiedsspruch Kaeckenbeecks, das Haager Schiedsgericht, der Völkerbund haben sich überzeugen müssen, daß das, was bisher geschehen ist, nicht gut war. Sie haben alle zu Ungunsten Polens in den wichtigsten Fragen entscheiden müssen, nicht deshalb, weil die Deutschen so famose Kerle sind, weil man sie so schrecklich liebt, sondern weil einfach das Recht und die Gerechtigkeit solche Urteile erforderte. Jedesmal, wenn solch ein Urteil gefällt ward, erhob sich ein großes Geschrei in der Presse der Rechten, immer sprach man von dem „Unrecht“, das wieder einmal Polen zugefügt worden sei.

Nun die internationale Welt sich überzeugt hat, daß die Methoden nicht so einwandfrei gewesen sind, wie man polnischerseits darzustellen suchte, nun, da Polens Ruf in der Welt ins Wanken geriet und sein Kredit sank, da man die Sprüche der Weisheit anerkennen mußte, wird von einigen besonderen Okazisten, die ganz scharfe Holzzähne haben, nach neuen Methoden gesucht, die Deutschen außer Landes zu bringen. Und es ist charakteristisch für die Phantasie und den Geist, der in diesem Lager herrscht, daß man sich auf Beispiele beruft, die von den Litauern und den Letten angewendet worden sind. Sehr feine Beispiele sind das, man kann es wohl sagen. Und es zeigt sich auch der Nationalstolz gewisser polnischer Kreise in dieser Richtung, die sich zwar immer so großmächtiglich vorkommen, sich aber auf die asiatischen Methoden eines Litauen beziehen, wenn es sich darum handelt, gegen die Deutschen vorzugehen.

Der nachstehende Artikel soll der Geschichte überantwortet werden, und er soll laut verkünden, wie bei uns in gewissen Kreisen gearbeitet wird. Gerade auch das weitere Ausland soll erfahren, zu welchen Methoden von manchen Leuten geraten wird, die sich sonst immer als die kulturellste Volksgemeinschaft bezeichnen. Die Rechtsradikalen in Polen sind freilich die Kulturträger nicht, sind es nie gewesen, sie haben den polnischen Staat an den Abgrund gebracht und das Geld, das dem Staate zugute kommen sollte, es floß in einen Graben, der nicht gerade die eigenen Fluren düngte. Aber das ist noch nicht genug. Die amerikanische Anleihe ist ja gekommen. Jetzt haben wir wieder Geld, nun können wir die Deutschen „auskaufen“, ihnen die Hölle heiß machen, damit sie zermürbt nachgeben. Bekanntlich hat gerade Amerika die Anleihe unter den Aussichten gegeben, daß ein Handelsvertrag mit Deutschland zustande komme. Als die Vertragsverhandlungen noch unsicher waren, da ward auch die Anleihe unsicher, als sich die Beziehungen festigten, stiegen die Aussichten auf eine Anleihe. Das ist der Erfolg dieser Bemühungen — man will immer weiter das beste Element dieses Staates, das fleißigste, gewissenhafteste und pflichtbewußteste Element hinauswerfen. Wen der Teufel verderben will, dem nimmt er den Verstand, es scheint, als ob dem „Kurjer Poznański“ nicht nur der Verstand verloren gegangen ist.

Der nachstehende Artikel wirft auf unsere Posener Potentaten ein gar bezeichnendes Licht, und es ließe sich zu den vielen schönen Reden so viel sagen, daß man ein ganzes Buch damit füllen könnte. Heute mag nur dieser Artikel hier veröffentlicht werden, der für sich ganz allein sprechen soll. Dieser Artikel zeigt auch noch die Methoden, mit denen man zu arbeiten rät. Schon allein die Tatsache, daß man diese Methoden so offen verrät, zeigt, daß dieses Blatt nicht ganz normal ist, denn wenn es sich um einen gerissenen Polonisator handelte, würde er sich hüten, hier gleich solch ein Programm auf den Tisch zu legen. Dieser Artikel wird mit dazu beitragen, hell hineinzuleuchten in jene Kreise, die sich so unschuldig und so rechtlich denkend vor der Welt präsentieren, und in Wirklichkeit voller Arglist und Tücke sind. Wir haben nicht die Absicht, hier Werturteile zu fällen, das wird die Geschichte und die internationale Welt früh genug besorgen. Ob das freilich dem polnischen Staate dienen wird, das soll nicht unsere Sorge sein. Wir haben oft und laut genug gewarnt.

Der „Kurjer Poznański“ schreibt:

„Wenn wir das Wesen der politischen Macht der Deutschen in Polen und die Bedingungen erwägen, die ihre Politik erreichen muß, um Erfolg zu haben, dann gelangen wir zum Kern des ganzen deutschen Problems. Es ist sehr einfach. Die deutsche Frage in Polen ist, kurz gesagt, die Frage ihrer Zahl, denn es ist klar, daß die Deutschen in genügend großer Anzahl eine ganz andere Unterlage finden zur Betreibung ihrer Politik, als wenn ihre Zahl unbedeutend wäre. Übrigens erfordert schon die Erhaltung des Hauptzieles ihrer Politik, d. h. des Konflikts um die Westländer und die Anfechtung des polnischen Charakters derselben, das Bestehen der deutschen Masse in Polen. Daher sagten sich die Deutschen von vornherein: Wir müssen nach Möglichkeit alle in Polen bleiben. Andererseits mußte sich hieraus eine vernünftige polnische Politik sagen: **Man muß in erster Linie nach einer Verringerung dieser Zahl streben.**

Wie sieht im Lichte dieser Feststellung die Geschichte der letzten Jahre aus? Der Versailler Vertrag gab Polen zur Verringerung der Zahl der Deutschen große Unterlagen, auf denen eine entschlossene Politik, noch dabei unter Ausnutzung des deutschen Entsetzens und der Desorientation in den ersten Jahren nach der Niederlage, sich hätte stützen müssen und viel ausrichten können.

Leider zeichnete sich die polnische Politik in dieser Frage durch geradezu seltene Nachlässigkeit, Unfähigkeit und sogar bösen Willen aus, aber nicht in bezug auf die Deutschen, sondern nur in bezug auf die Postulate der polnischen Westländer. Tausende von Zickzackbewegungen und Folgewidrigkeiten, der Mangel eines vorgezeichneten Programms und Unfähigkeit — verwirrten sie systematisch und zogen vor allem ihre Erledigung hin.

Das gab den Deutschen Zeit zum Nachdenken. Nachdem sie sich von dem Entsetzen erholt hatten und als sie vor allem sahen, daß nicht nur sie sich fürchten, sondern daß sich vor allem die offiziellen polnischen Kreise fürchten, die sich dabei — was eine ganze Reihe von Vertretern der polnischen Regierung betrifft, wie z. B. den berühmten Askenazy — von einer sonderbaren und durch nichts erklärbaren Sympathie gegen die Deutschen leiten ließen, hörten diese dann ganz auf, sich zu fürchten, und gingen daran, eine Aktion im Sinne der Postulate ihrer Politik und gegen die aus dem Versailler Vertrage hervorgehenden Berechtigungen Polens zu organisieren. (!)

Der Konflikt ging im Grunde also deutscherseits um den Verbleib einer möglichst großen deutschen Masse in Polen, und polnischerseits um deren Verringerung. Das Wesen dieses Konfliktes bildete und bildet also die richtige Erkenntnis, daß die Grundlage der Macht der deutschen Politik die Größe der deutschen Masse und deren Besitzstand ist. (Wir bitten, von diesem Gesichtspunkt auf die neuesten Bemühungen der deutschen Regierung in der Ansiedlungsfrage anläßlich der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu schauen.)

Dieser Konflikt verteilte sich, was die einzelnen Probleme betrifft, im Grundsatz auf die Frage der Kolonisten, der Liquidation, der Option und der Staatsbürgerschaft, wobei von der letzteren Frage im großen Maße das Recht der Liquidation abhängt.

Hier ist nicht Raum für eine ausführliche Betrachtung des Verlaufs des Konflikts in diesen einzelnen Fragen, denn darüber könnte man Bände schreiben, und übrigens sind sie unseren Lesern bekannt. Wir beschränken uns deshalb auf die Feststellung, daß sie dank des bereits erwähnten Mangels an einem Programm durch Nachlässigkeit, Leichtsinn und zuweilen auch bösen Willen langsam, aber wirksam immer mehr vernachlässigt wurden, und daß vor allem die Deutschen es vermochten, aus ihnen, dank der durch polnisches Verschulden zur Verfügung stehenden Zeit, Streitfragen auf internationalem Terrain zu machen, wobei wir nur verlieren, die Deutschen nur gewinnen konnten.

So ist es denn wirklich geschehen. Diese Fragen wurden schließlich durch ein Kompromiß erledigt. Zuerst wurden Fragen der Kolonisten im Abkommen mit Lord Phillimoor erledigt. Polen ging auf die Auszahlung einer Pauschalentschädigung ein. Die übrigen Fragen wurden durch den Schiedsspruch des Herrn Kaeckenbeeck und die auf dieser Grundlage angelegte Wiener Konvention entschieden, die die Frage der Option für uns ziemlich günstig entschied — die Deutschen, die für Deutschland optierten, müssen in bestimmten Fristen Polen verlassen —, aber dafür ist die Frage der Staatsbürgerschaft ungünstig, indem in einer ganzen Reihe von Streitfällen Deutschen die polnische Bürgerschaft zuerkannt wurde. Da man natürlich einen polnischen Bürger nicht liquidieren kann, hat man uns auf diese Weise in beträchtlichem Maße auch das Recht der Verminderung des deutschen Besitzstandes in Polen beschränkt.

Diese Frage stellt sich also jetzt folgendermaßen: Die Möglichkeit der Herabsetzung der Zahl der Deutschen und der Verminderung ihres Besitzstandes in Polen ist im Verhältnis zu den Rechten, die wir anfangs hatten, heute bedeutend beschränkt. Die Bilanz des bisherigen Kampfes ist darum sehr passiv. Wir müssen uns offen sagen, daß wir seinen ersten Abschnitt, in dem wir größte Gewinnaussicht hatten, mit einem Rückzug beendet haben. Seit der Unterzeichnung der Wiener Konvention hat eine ganz neue Periode der deutschen Frage in Polen begonnen.

Doch ist der Grundsatz der Frage ganz derselbe geblieben, nur mit dem Unterschied, daß die Politik der Deutschen in Polen, der deutschen Psychologie gemäß, ein bedeutend hochmütigeres Antlitz angenommen hat. **Da sie zum großen Teile den Kampf um die Hauptgrundlage ihrer Politik gewannen,** haben sie Mut gefaßt, und die Blüten ihrer Taktik und ihres Vorgehens, die durch ihre Dreistigkeit in Erstaunen setzen, bedecken die recht üppige Flora des Bodens der Pressepolitik wie der persönlichen Taktik einiger Deutschen. Auch die Ziele dieses Kampfes wurden auf deutscher Seite noch bedeutend deutlicher definiert.

Wie soll in diesem neuen Zeitabschnitt nach dem Verlust wichtiger Rechte unsere weitere Taktik sein?

Vor allem müßten wir uns vergegenwärtigen, daß man auf eine Änderung der deutschen Politik und der Ziele nicht rechnen kann. Das ist ganz ausgeschlossen. Der Kampf aber muß im Sinne der Erkenntnis der grundsätzlichen Möglichkeit, ihn mit ernstlichem Erfolg zu führen, **unsererseits weiter um die Verminderung der Zahl der Deutschen in Polen gehen,** die heute, indem sie damit rechnen, daß sie in recht beträchtlichem Maße diese Zahl zu erhalten vermochten, dazu übergegangen sind, daraus die Schlüsse zu ziehen, d. h. weitgehendere Ziele.

Nur daß der Kampf heute für uns wegen des erwähnten Verlustes wichtiger Rechte bedeutend schwieriger sein wird. In erster Linie müssen wir uns hier natürlich auf den Boden des energischen Verlangens der Ausübung der Rechte stellen, die uns noch aus dem Versailler Vertrage und der Wiener Konvention geblieben sind. Und hier muß man sich schließlich zu einer energischen und zweckmäßigen Linie entschließen.

Doch kann man von vornherein sagen, daß diese Rechte zur ergiebigen Verminderung der deutschen Masse heute, selbst wenn sie vollkommen ausgenutzt würden, nicht ausreichen. Und hier wartet unser somit die Notwendigkeit, andere Methoden zu erdenken, die, ohne das Recht zu verletzen, uns doch zum Ziele führen können. Die Last dieser Aufgabe fällt zum großen Teil auf die Bevölkerung der Westländer, die jedoch ergiebige Unterstützung in der Regierung und im ganzen Volke finden müßte.

Hier wird es namentlich um systematischen und zweckmäßigen Auskauf deutschen Besitzes gehen. Es kann sein, **daß man bei irgend einer Realisierung der Agrarreform mit einer vernünftigen (!) Taktik so manches machen könnte.** Ist man doch mit Hilfe der Agrarreform ohne jegliche Skrupel Polen in Litauen und Lettland losgeworden. **Warum sollten auch wir nicht in jenem Falle von diesem Mittel Gebrauch machen?**

Daneben aber wird man systematischen Land- und Grundstücksankauf aus deutschen Händen organisie-

ren müssen. Da bisher verhältnismäßig oft der Besitzer gewechselt wird, würde die Möglichkeit bestehen, solche Gelegenheiten zu benutzen, sei es durch Privatpersonen oder durch entsprechende Institutionen, die speziell zu diesem Zwecke organisiert und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet sind. Die Organisation einer solchen Politik gegenüber den Deutschen ist heute geradezu Notwendigkeit, wobei wir nicht verbergen, daß diese Methode natürlich nicht so schnell zum Ziele führen wird, wie eine energische Ausnutzung der Rechte gegenüber den Deutschen, die wir jetzt in beträchtlichem Maße einbüßten.

Das Abhauen des Besitzstandes der Deutschen in den Westmarken, der heute noch sehr stark ist, wird dem Resultat auch die Möglichkeit der Existenz einer ganzen Reihe von Deutschen untergraben und müßte allmählich zur Erlangung des grundsätzlichen Zieles führen, zur Verringerung der Größe der deutschen Masse, die noch in den Westländern Polens sitzt. Besonders müßte man aus zahlreichen Gründen sorgfältigstes Augenmerk auf die Grenzzonen richten.

Denn, wir wiederholen es noch einmal, der Erfolg und überhaupt die Zweckmäßigkeit der Politik der Deutschen in Polen ist aufs engste mit der Größe ihrer Masse verbunden. Umgekehrt wird sich der Erfolg der polnischen Politik immer in der Verringerung dieser Masse ausdrücken. Das ist sehr einfach, aber wahr."

Bromberger Tapferkeit.

Eine Resolution.

Wir leben einmal im Zeitalter der Resolutionen und der Protestversammlungen. Was in Warschau und Kattowitz geschieht, warum sollte das Gleiche nicht auch in **Bromberg** geschehen! Man hat demnach am Montag, so entnehmen wir der „Deutschen Rundschau", am Neuen Markt eine Resolution angenommen, die völlig anders geartet ist als die amtliche „Pat." bekanntgab. Diese Resolution entstammt dem „Dziennik Bydgoski", und eigentlich müßte dieser doch wirklich wissen, wie die Entschließung lautete. Der genaue Text wird nachstehend in deutscher Sprache wiedergegeben:

„1. Wir lenken die Aufmerksamkeit aller internationalen Faktoren, denen die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens nicht eine bloße Phrase, sondern das heiligste Gebot für die nächste und fernere Zukunft der Menschheit ist, darauf hin, daß jede Anzweiflung der polnischen Grenzen den Zündstoff für einen neuen Weltbrand bilden muß.

2. Unseren obersten leitenden, verantwortlichen Behörden erklären wir, daß wir fest hinter ihnen stehen werden, wenn sie ihre Wachsamkeit nicht durch irgend welche Versprechungen einschläfern lassen, sondern mit vollster Entschiedenheit und männlicher Festigkeit überall und immer die Rechte Polens, die sich aus dem Versailler Vertrage ergeben, wahren werden.

3. Wir machen die englische Regierung und alle diejenigen internationalen Politiker, die auf Kosten Polens den Frieden der Welt (Europas) sichern wollen, darauf aufmerksam, daß der Hauptkessel, in dem dauernd der Vulkan der deutschen Vergeltung brennt, Ostpreußen ist, das uralte litauisch-polnische Land, das durch Raub seinen Besitzern entrissen worden ist, und das gegenwärtig angeblich von seiner Stammutter, dem Deutschen Reiche, abgerissen wurde.

Wir fordern die Streichung Ostpreußens von der Karte

und die Zuteilung des nördlichen Teiles desselben an Litauen und des südlichen (Masurens und Ermlands) an Polen. Erst dann wird sicher in Europa der ersehnte Friede einkehren.

4. Wir verlangen von den Zentralbehörden, den Wojewodschafts- und den städtischen Behörden, **daß den deutschen Optanten der Aufenthalt in Polen nicht verlängert werde,** sondern daß ihnen nach dem Beispiel Deutschlands (?!) unverzüglich eine Präklusivfrist, die nicht über den 15. August hinausreicht, gestellt werde, über die hinaus kein Optant auch nur eine Stunde lang im polnischen Staate wohnen darf.

5. Wir machen die Zentralbehörden darauf aufmerksam, daß die ganze polnische Volksgemeinschaft mit großer Aufmerksamkeit die jetzigen

deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen

verfolgt und in keinem Falle zugeben wird, daß die von Deutschland geforderten Bedingungen der Meistbegünstigung angenommen werden, wobei wir von dem wichtigen Grundsatz ausgehen, daß in Polen nur arbeiten und von den Wohltaten des Landes nur Gebrauch machen, in ihm nur leben und sich bereichern darf der polnische Arbeiter, der polnische Industrielle, der polnische Bankier, der polnische Kaufmann usw.

6. Auf Grund eines spontan geäußerten Verlangens von Teilnehmern an der Kundgebung wurde noch eine Resolution angenommen, **daß Danzig einen Bestandteil Polens bilden solle.**

*

Wenn die Deutschen in Polen eine solche Resolution lesen, so werden sie zwar die üblichen Töne als alte Bekannte erkennen, aber sie werden doch, wie die „Deutsche Rundschau" sagt, ein wenig nachdenklich gestimmt; denn immer haben sich die Deutschen als legale Staatsbürger betragen, immer haben sie ihre Pflicht erfüllt und vollendete Tatsachen als solche hingenommen. Herr Minister Sikorski hat anerkannt, daß die deutschen Soldaten im Bolschewistenkriege mit die besten Soldaten gewesen seien, und Herr Korfanty hat als Minister erklärt, daß die Deutschen die besten Steuerzahler sind. Die Diskussion der Korridorfrage interessiert die Deutschen in Polen nur insoweit, als alle Konflikte oder Mißverständnisse, die sich daraus ergeben, lediglich auf dem Rücken dieser Deutschen, die in Polen leben, abgeprügelt zu werden pflegen. Die Korridorfrage ist etwas, was uns unbeteiligt lassen muß. Wir wollen feststellen, daß die Diskussion über diese Frage lediglich eröffnet werden sollte und daß der englische Außenminister Chamberlain einen Schiedsvertrag angeboten hat. Diese Frage könnte nur auf friedlichem Wege gelöst werden. Wenn nun Polen nicht zustimmt, was ja so gut wie ausgemacht ist, so ist eben der deutsche Antrag erledigt. Selbst wenn dieser Antrag im Völkerbund zur Beratung kommen sollte, so besteht keinerlei Aussicht auf seine Annahme, weil bekanntlich Einstimmigkeit des Rates erforderlich wäre. Da aber Frankreich und die Tschechoslowakei im Rate sind, ist ein solcher Beschluß gar nicht möglich. Auch Herr Grabski hat davon gesprochen, daß keinerlei bestimmte Gefahr bestünde, weil Frankreich sicher dagegen sei. Was also ein solcher Massenprotest nützen soll, ist ziemlich unerfindlich, zumal er auch England — und dort ist die Meinung viel wichtiger — verschnupfen wird. Wenn man gegen etwas protestiert, was von vornherein aussichtslos ist, verschwendet man unnötig Kraft und Zeit. Beides ist in Polen zu anderen Dingen viel nötiger.

Wenn wir nun die Resolution ansehen, so ist ein Punkt sehr zum Schaden Polens betont worden. Das ist die Frage Ostpreußen. Wer solche Fragen anschneidet, der ist politisch gar nicht ernst zu nehmen. Die polnische Regierung will diese Politik gewiß nicht mitmachen, das beweist schon die Mitteilung der Pat., die diesen Punkt der Resolution gar nicht erwähnte. Ostpreußen ist seit alter Zeit immer nur von germanischen Völkerstämmen bewohnt gewesen. Vorübergehend unterstand es nur der Lehnshoheit des polnischen Königs. (1466 zweiter Thorner Friede bis 1660 Friede von Oliva.) Wie stark dort die polnische Minderheit ist, das beweisen am besten die letzten Reichstagswahlen, wo von 2½ Millionen Stimmen bloß 6000 Stimmen für den polnischen Kandidaten abgegeben worden sind. Das Abstimmungsergebnis von 1920 hat festgestellt, daß auf die ganze Bevölkerung der Provinz nur ein Viertel Prozent die Stimme für Polen abgegeben haben. Es ist darum eine glatte Verhöhung des Völkerrechts, wenn eine Stadt, die beinahe 40 Prozent Andersstämmige in ihren Mauern beherbergt, den Vorschlag macht, Ostpreußen dem polnischen Staate anzugliedern. Auch Danzig hat etwa 90 Prozent Deutsche, und darum ist auch diese Forderung ein Schlag gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die Angriffe aber, die gegen das Deutschtum in Polen gerichtet werden, müssen mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Die Deutschen in Polen haben seit Jahrhunderten hier das Heimatsrecht. Ihre Arbeit hat aus dem einstmals vernachlässigten Lande ein blühendes, kulturell hochwertiges Gebiet gemacht, das sich sehen lassen kann. Unzählige Kulturwerte sind hier geschaffen worden, sie gereichen Polen nicht zur Unehre, machten dieses Land vielmehr zu einem von Gott gesegneten Stückchen Erde, machten aus einer Einöde ein Paradies. Den Deutschen hat Polen das zu verdanken, deutschem Fleiß und deutschem Blut. Wie die Bromberger „Rundschau" feststellt, ist die Versammlung, die obige Resolution faßte, von einem Manne einberufen worden, der erst seit einigen Jahren in Bromberg ansässig ist. Gerade dieser Herr müßte demnach sehr in den Hintergrund treten und nicht von Dingen faseln, die er niemals kennen und beurteilen kann. Gerade dieser Mann hat kein Recht, die Deutschen als Eindringlinge zu bezeichnen.

Der Hieb gegen die Optanten aber ist eine Redensart, die von keiner Sachkenntnis getrübt ist. Wenn dieser Herr einmal die polnischen Minderheitenblätter lesen würde, so könnte er daraus entnehmen, daß die polnischen Optanten in Deutschland **den gleichen Standpunkt vertreten, den die Deutschen in Polen vertreten.** Wenn nun noch die Behauptung in lügenhafter Weise verbreitet wird, daß Deutschland zuerst mit der Ausweisung begonnen hat, so verweisen wir nur immer wieder auf alle die authentischen Feststellungen, die auch von polnischer Seite ad notam genommen worden sind. Mit Lügen Propaganda zu machen, kann doch gewiß nicht im Interesse des polnischen Staates liegen, und die in der Resolution aufgestellte Behauptung über die Optanten ist eine mehrfach widerlegte Lüge.

Die Deutschen in Polen kämpfen um eines, um ihr Recht. Wir haben nicht die Absicht, an den Grenzen des polnischen Staates zu rütteln, wir wollen dem Staate geben, was des Staates ist, aber wir verlangen auch, daß uns der Staat gibt, was unser ist. Wir haben in diesem alten Lande, das deutsche Kultur getrunken hat, für das deutsches Blut geopfert ward, Heimatrechte. Wir haben auch ein Recht auf Leben in diesem Lande und doppelt dann, wenn wir unsere Pflicht erfüllen. Diese Resolution in Bromberg muß darum verurteilt werden, nicht nur vom Standpunkt des Deutschen aus, sondern ganz besonders vom Sicherheitsstandpunkt des polnischen Staates aus. Mit solchen Entschließungen wird die Sympathie der Welt zu Polen nicht gefördert. Und Polen braucht die Welt. Wer könnte und wollte das leugnen?

Ein Häuserbaugesetzentwurf.

Vorschläge des Finanzministers.

Das Finanzministerium hat einen Gesetzentwurf über die Unterstützung des Baues von Wohnhäusern in den Städten ausgearbeitet. Dieser Entwurf ist die Entwicklung des Gesetzes vom 26. September 1922 über den Ausbau der Städte. Der genannte Gesetzentwurf ermächtigt den Finanzminister, die Garantie des Staatsfiskus für Obligationen zu gewähren, die von Finanzinstituten, die der Finanzminister bezeichnet, ausschließlich für Zwecke des Neubaus, Anbaus oder Wiederaufbaus von Wohnhäusern in den Städten bis zur Höhe einer Nominalsumme von 500 Millionen Zloty herausgegeben werden. Aus den Mitteln, die im Wege der Realisierung der Obligationen erlangt wurden, werden langfristige Darlehen für den Häuserbau gewährt, und zwar vom Augenblick des Inkrafttretens des Gesetzes bis zum 31. Dezember 1925 oder bis zur früheren Erschöpfung der für diesen Zweck bestimmten Summe. Die Darlehen werden Amortisationsdarlehen sein und dürfen nicht 80 Proz. des Kostenanschlagspreises des Gebäudes, zusammen mit dem Wert des Platzes übersteigen. Die Verteilung der Darlehen unter die einzelnen Ortschaften, die Zeitabschnitte, den Amortisations- und Zinsfuß, die Arten und Bedingungen der Sicherung, die Aus- und Abzahlung der Darlehen für die verschiedenen Kategorien der Wohnhäuser bestimmt eine Verfügung des Finanzministers. Diese Verfügung wird Meistbegünstigung für Darlehen vorsehen, die für den Bau von Häusern mit kleinen und billigen Wohnungen gewährt werden. Für die Gewährung von Erleichterungen beim Bau von Wohnhäusern, die zur Verbilligung der Miete beitragen könnten, wird ein besonderer Baufonds gebildet. Als Hauptquelle der Einnahme des Baufonds wird eine Staatssteuer von Lokalen und eine Staatssteuer von Bauplätzen eingeführt, die nicht bebaut oder ungenügend bebaut sind. Die Staatssteuer von Lokalen wird im Bereich städtischer Gemeinden von jeder Art von Lokalen erhoben werden, die vermietet sind und dem Mieterschutzgesetz vom 11. April 1924 unterliegen. Die Grundlage der Steuer wird die im Juni 1914 gezahlte Miete bilden. Der Zinsfuß der Staatssteuer von Lokalen wird 10 Prozent der Veranlagungsgrundlage betragen. Der Zinsfuß der Lokalsteuer für die Stadtgemeinden kann nicht 5 Prozent der Veranlagungsgrundlage übersteigen. Die Staatssteuer von Bauplätzen, die nicht bebaut oder ungenügend bebaut sind, in Höhe von 2 Prozent des Schätzungswertes dieser Plätze, wird bis zur Einführung der Wertzuwachssteuer erhoben werden. Steuerfrei werden Plätze sein, die Eigentum des Staatsfiskus oder territorieller Selbstverwaltungsverbände bilden. Der Zinsfuß der Steuer von Bauplätzen für die Stadtgemeinden kann nicht 1 Prozent des Schätzungswertes dieser Plätze übersteigen. Außer der Steuer von Lokalen und Bauplätzen werden in den Baufonds auch Abzahlungen der aus Mitteln des Staatsfiskus für Zwecke des Wohnungsbaus gewährten Darlehen fließen. Wohnhäuser oder deren Teile, die neugebaut oder fertiggestellt sind in einer Weise, die das Haus zur Bewohnung geeignet machen, werden unabhängig von den im Gesetz vom 22. September 1922 über Erleichterungen für neuaufgeführte Bauten folgende Erleichterungen genießen:

a) Befreiung der Einkünfte von der Belastung mit der Einkommensteuer vom Augenblick der Beendigung des Baues bis zum Ende des 10. Steuerjahres nach der Beendigung;

b) das Recht, die Baukosten von der Gesamteinnahme, die der Einkommensteuer unterliegt, denen abzuziehen, die in der Zeit von 1925 bis 1930 Wohnhäuser bauen (jedoch unter Ausschluß der in vorliegendem Gesetz vorgesehenen Darlehen). Diese Abzüge können je nach Wunsch des Zahlers einmalig oder längstens im Verlauf von fünf Jahren getätigt werden, angefangen vom Jahre, das der Beendigung des Baues folgt;

c) Stempelabgabenbefreiung von Bauobligationen sowie anderen Dokumenten, die den Empfang von Sicherungen oder die Streichung von Baudarlehen betreffen;

d) Befreiung von Verträgen, auf Grund derer der Staat oder die Gemeinde Grundstücke für Zwecke des Baues von Wohnhäusern abtritt, von Stempel- und Selbstverwaltungsabgaben. Von der Steuer für die Stadtgemeinden werden die grundlegenden Baumaterialien, wie Bauholz, Ziegel, Dachsteine, Kalk, Zement, Kies und Sand befreit werden.

Der Ministerrat wird ermächtigt:

a) an Stadtgemeinden Grundstücke, die den Staatsbedürfnissen entbehrlich, den allgemeinen Bedürfnissen der Stadt aber unentbehrlich sind, kostenlos abzutreten;

b) Bauvereinigungen, physischen und juristischen Personen sowie Stadtgemeinden für Zwecke des Baues von Wohnhäusern im Wege des Verkaufs, der Übergabe in ewige oder zeitliche Pacht **oder auch auf Grund des Anbaurechtes unter Erleichterungsbedingungen** Grundstücke abzutreten, die den Steuerbedürfnissen entbehrlich sind. Die Stadtgemeinden erhalten die Genehmigung zur Abtretung ihnen gehöriger Grundstücke für den Zweck des Baues von Wohnhäusern.

In den Stadtgemeinden sollen Baukomitees gebildet werden, die sich aus vier bis zwölf Mitgliedern zusammensetzen, die von der Stadtverordnetenversammlung aus der Zahl von Personen gewählt werden, die entsprechende Fachkenntnisse besitzen, aus dem Stadtpräsidenten oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden und einem oder mehreren Regierungsvertretern bestehen. Die Aufgabe der Baukomitees wird darin bestehen:

a) die Betreibung und Durchführung der Aktion des Baues von Wohnhäusern durch die Stadtgemeinde;

b) die Erwägung und Realisierung von Mitteln, die zum Zwecke haben sollen, Privatpersonen, Vereinigungen und Institutionen den Bau von Wohnhäusern zu erleichtern;

c) die Begutachtung hinsichtlich des Bedarfs und des Umfanges der Bauaktion, die von Privatpersonen und Bauvereinigungen aufgenommen wird;

d) die Gewährung von Anleihen an Besitzer von vernichteten oder eingestürzten Häusern für deren Ausbesserung aus Summen, die den Stadtgemeinden im Einklang mit Art. 2 des vorliegenden Gesetzes zuerkannt werden, sowie die Durchführung zwangsweiser Ausbesserung auf Kosten des Besitzers in Grenzen, die der Gemeinde die Rückgabe der ausgelegten Kosten sichern. Aus Staatsmitteln für Wohnungsbauzwecke gewährte Darlehen werden in langfristige Darlehen unter Anwendung der Bestimmungen vorliegenden Gesetzes umgewandelt.

Sejmsitzung vom 17. März.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Die heutige Sejmsitzung wurde nach zehntägiger Pause wieder nach würdiger Gewohnheit damit eingeleitet, daß eine Reihe von Abgeordneten den Gerichten ausgeliefert werden sollte. Die entsprechenden Anträge gehen an die Ordnungskommission. Dann sprach der Sozialist Czapiński über das Gesetz zur Verhängung des Ausnahmezustandes. Er sagt, das Gesetz sei sehr streng, und man müsse zahlreiche Verhaftungen voraussehen, die sogar ohne richterlichen Befehl erfolgten. **Es vernichtet die Sicherungen, die die Verfassung gibt,** und es wird dann vielen Personen unmöglich gemacht, überhaupt Pässe zu erhalten. Er stellt den Antrag, das Gesetz schon in der ersten Lesung zu verwerfen. Chruczki von den Ukrainern erklärt, auf ukrainischer Erde bestehe der Ausnahmezustand schon solange als der polnische Staat überhaupt existiere. Das Gesetz sei nur eine Bestätigung dieses Zustandes. Als Ballin von der freien Bauernvereinigung sprach, gab es wie gewöhnlich, wenn dieser heißblütige Redner das Wort ergreift, Lärm auf den Bänken der Rechten. Ballin behauptet nämlich, daß die Polizei alle Personen verfolge, die sich nicht zum Diener der Bourgoisie machten. Als er weiter in diesem Tone spricht, wurde ihm das Sprechen durch allgemeinen Lärm unmöglich gemacht, und der „tapfere" und seiner „Schlagfertigkeit" wegen berühmte Abgeordnete der nationalen Arbeiterpartei Dobija schrie: „Fort mit diesem Dieb!" Die Erörterung des Themas wurde schließlich abgebrochen und das Gesetz entgegen dem Antrag Czapiński der Kommission überwiesen. Michalski referierte über die beabsichtigte Immobiliensteuer. Sie soll nach den Absichten der Regierung im Jahre 1925 18 Prozent, in den nächsten Jahren 15, 11 und 10 Prozent betragen. Die Kommission schlägt dagegen 12, 10, 8 und 7 Prozent vor. Nachdem die verschiedenen Parteien vergeblich allerhand Anträge, bald zur Erhöhung, bald zur Mäßigung der Sätze vorgebracht hatten, wurde das Gesetz so, wie es die Kommission vorschlug, in zweiter und dritter Lesung angenommen. **Es erfolgte nun eine lange Diskussion über eine Novelle zum Zusammenlegungsgesetz für Grundstücke,** die dann in erster und zweiter Lesung angenommen wurde. Nun lag noch ein wichtiger Dringlichkeitsantrag der „Wyzwolenie" vor über die Freiheit des Versammlungsrechtes der Abgeordneten und ein ähnlicher von den Ukrainern ausgehender Dringlichkeitsantrag über das Rundschreiben des Innenministers, das diese Freiheit einschränken will. Die beiden Anträge wurden merkwürdigerweise ohne Diskussion angenommen und die Angelegenheit an die Kommission verwiesen.

Republik Polen.

Vom Senat.

In der gestrigen Senatssitzung referierte Senator Szułdrzyński von den christl. Nat. das Gesetz, das die Aenderung der Feiertagsverordnung des Staatspräsidenten betrifft. Der Geistliche Maciejewicz (parteilos) schlug vor, für die Schulen und Aemter die Feiertage des 25. März und des 8. September, sowie die Patronatsfeiertage in den einzelnen Provinzen beizubehalten. In der Abstimmung wurde das Gesetz unter Ablehnung der Verbesserung des Geistlichen Maciejewicz angenommen. Ferner gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Regierung aufgefordert wird, sich mit den geistlichen Behörden wegen der Verlegung von Parafsialablässen von den vorausgehenden Wochentagen auf die Sonntage zu verständigen. Der zweite Teil der Resolution verlangt von der Regierung die Einbringung eines Gesetzentwurfs über die Sicherung der Feiertagsruhe.

Nach dem Referat des Senators Godlewski vom Nat. Volksverband wurden 2 Entschließungen in Sachen der akademischen Schulen angenommen.

Zum Schluß nahm der Senat nach dem Referat des Senator Nowodworski von der Christl. Dem. die Novelle zum Gesetz über die Einkommensteuer in dem vom Sejm beschlossenen Wortlaut an. Ferner wurden 2 Entschließungen angenommen. In der einen wird die Regierung aufgefordert, dem Sejm innerhalb dreier Monate einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Tarif der Einkommensteuer von juristischen Personen nicht nur von der Höhe der erzielten Einnahme sondern auch von der Höhe des Investitionskapitals abhängig macht. Nach der zweiten Entschließung soll die Regierung angesichts der Normierung der Valuta und der Möglichkeit genauer Orientierung für die Steuerzahler hinsichtlich der wirklichen Höhe der erzielten Einkünfte den Einkommensteuerveranlagungsbehörden aufzutragen, sich unbedingt nach dem Grundsatz der materiellen Wahrheit zu richten. — Die nächste Senatssitzung findet am 31. März um 11 Uhr vormittags statt.

Herr Skrzyński in Paris.

Paris, 19. März. Der polnische Außenminister erklärte einem Vertreter des „Matin": Meine Unterredung mit Herriot hat mir ein Gefühl absoluten Vertrauens eingeflößt. **Wir werden jetzt arbeiten, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten. Ich war sehr befriedigt von meinen Verhandlungen mit Chamberlain. Wir werden alle Vorschläge zu einem Schiedsgerichtsverfahren oder zum Abschluß eines Paktes prüfen, selbst wenn sie von Deutschland kommen.**

Vorstellungen.

Kattowitz, 19. März. Wie die „Ostdeutsche Morgenpost" aus Kattowitz meldet, hat der deutsche Generalkonsul beim Wojewoden ernstlich Verwahrung dagegen eingelegt, daß bei den politischen Kundgebungen am Sonntag Puppen und Bilder zur Beschimpfung Deutschlands und zur Aufreizung zu Gewalttätigkeiten gegen Deutschland mitgeführt wurden, wogegen die Polizei nicht genügend eingeschritten sei. Der Wojewode habe für seine Person einstweilen sein Bedauern über diese Auswüchse, die er verurteile, ausgesprochen.

Im Zeichen der Abrüstung.

Nach Bukarester Blättermeldungen hat der Oberste Kriegsrat in seiner unter dem Vorsitz des Kronprinzen Karl abgehaltenen Sitzung den Beschluß gefaßt, den General Munteanu und Obersten Beronaide nach Paris und London zu entsenden, um dort im Werte von mehreren Hundert Millionen Lei Flugzeuge zu bestellen. Die Konstruktion der in England bestellten Siskinischen Flugzeuge wird noch einmal untersucht werden. Bekanntlich hat der rumänische Major Sanatescu bei einem Probeflug mit einem solchen Flugzeug den Tod gefunden. Es verlautet, daß der Vertrag der rumänischen Heeresverwaltung mit Armstrong wegen Lieferung der Siskinischen Maschinen rückgängig gemacht werden soll.

Die Vereinigten Staaten von Amerika wenden, wie allen militärischen Fortschritten, auch der Tankfrage ihr ganzes Augenmerk zu. Nebst mittleren und schweren Tanks werden derzeit leichte Panzerkraftwagen der Erprobung unterzogen, die bloß mit einer Revolverkanone von vier Zentimeter Kaliber ausgerüstet sind, dafür aber eine Stundengeschwindigkeit von 40 KM erreichen. Die Wagen sind mit allen Vorrichtungen zum Schutz gegen Vergasung und mit einer kompletten Radioeinrichtung ausgestattet, so daß sich die Tanks in voller Fahrt mit ihrem Kommando verständigen können. Als technische Wunder bezeichnen Militärschriftsteller die neuen amerikanischen Hydrotanks, die gegenwärtig im Bau sind und die Flüsse oder sonstige Gewässer schwimmend überwinden können. In Meade hat die amerikanische Heeresverwaltung ein großes Militärlager angelegt, wo sich eine eigene Kampfwageninstruktionsschule befindet.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 19. März.

Stadtverordnetensitzung.

Die gestrige Stadtverordnetensitzung brachte als hervortretende Vorlagen der Tagesordnung die Erklärung des Vorsitzenden in Sachen der von der Linken angefochtenen Delegiertenwahl zur Städtetagung, die zu Beginn des nächsten Monats in Warschau stattfinden wird, und die Aufnahme einer Häuserbauanleihe, die eine großzügige Bauaktion des Magistrats ermöglichen soll. Die Vorlage über die Wahl zur Städtetagung ließ den Parteizwist auflodern. Von der Rechten war man bemüht, schwarz auf weiß die Rechtmäßigkeit der Delegiertenwahl zu erweisen die ja dem Grundsatz der Proportionalität nicht Genüge getan hatte, zum Aergernis der Linken, die gegen die Majorisierung in die Schranken trat. Der Aussprache hierüber setzte ein Schlußantrag ein vorzeitiges Ende.

Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Versammlungsleiter Mitteilungen und berichtete über das Ergebnis der Unterredung einer Posener Sonderdelegation mit dem Ministerpräsidenten Grabski über die Besoldungsverfügung bezüglich der

Gehaltsbezüge der Kommunalbeamten

Die Delegierten sind von ihrer Warschauer Reise mißgestimmt zurückgekehrt, da die vorgetragenen Forderungen nicht die gewünschte Billigung fanden. Der Ministerpräsident erklärte, daß er die Gehälter der Staatsbeamten nicht niedriger sehen wolle, als die der Kommunalbeamten.

Die Beratung der Tagesordnung wurde durch

verschiedene Wahlen

eingeleitet. In den Staatseisenbahnrat wurde wiederum der Stadtverordnete Suchowiak gewählt.

Der Kauf der Gasanstalt in Główna

wurde im Sinne der Vorlage beschlossen.

Darauf kam die eingangs besonders erwähnte

Angelegenheit der Delegiertenwahl

zur Sprache. Die Erklärung des Versammlungsleiters, der eine etwaige Anfechtungseingabe an den Städtekongreß in Vorschlag brachte, wurde vom Stadtv. Sniady dahin beanstandet, daß der Vorschlag, der der Zurückweisung der seinerzeit geäußerten Anzweiflung der Rechtsbilligkeit der Delegiertenwahl angeschlossen wurde, darauf hinweise, daß da etwas nicht stimme.

Stadtv. Krzyżankiewicz wies darauf hin, daß sich das angefochtene Wahlverfahren auf ein Dekret des Staatschefs aus dem Februar des Jahres 1919 stütze, in einer Zeit, da die Aufstandsbehörden besondere Verordnungen herausgaben. Das Dekret enthalte ein Verzeichnis der Städte, auf die der Grundsatz der Proportionalität der Wahlen in Anwendung kommen sollte. Die Stadt Posen sei in diesem Verzeichnis nicht enthalten, und die gesetzgebenden Körperschaften hätten nicht beschlossen, die Wirksamkeit dieser Bestimmung auch auf das Posensche auszudehnen.

Stadtv. Ballenstedt erklärte, daß wenn ein späteres Gesetz die Sache regle, die moralische Verpflichtung bestünde, den betreffenden Grundsatz anzuwenden.

Im weiteren Verlauf der Aussprache, in der Stadtv. Budzyński für ein ergötzliches Intermezzo sorgte, sprach noch einmal der Stadtv. Krzyżankiewicz und erklärte, daß man Gesetze nicht für die Sache zurechtbiegen dürfe.

Stadtv. Leitgeber beantragte den Schluß der Aussprache, der dann auch erfolgte.

Nach der Bestätigung der Jahresrechnung des Gutes Naramowice für das Jahr 1923, die mit ungefähr 60 Milliarden Mark schließt und der Bilanz der Bank Miasta Poznania für das Jahr 1924, die einen Bruttoreingewinn von 102 000 zł aufweist wovon u. a. eine bestimmte Summe für die Sparpropaganda abgeschrieben wird, berichtete Stadtv. Kucharski über die

Aufnahme einer Anleihe bei der Landesversicherungsanstalt,

die eigens für die bevorstehende Häuserbauaktion bestimmt ist. Die Höhe der Anleihe beträgt 3 Millionen zł, der jährliche Zinsfuß 6 Prozent, der Prozentsatz der Amortisation ist auf 2 angenommen worden. Die Anleihe wird in Raten einlaufen. Vor Auszahlung der nächsten Rate muß der Magistrat eine Aufstellung über die Verwendung der vorausgegangenen Raten vorlegen. Der mit dieser Anleihe verbundene Häuserbau soll zu 85 Prozent der Beamtenschaft zugute kommen, wodurch eine ganze Reihe von Wohnungen frei würde.

Die Anleihevorlage wurde widerspruchslos angenommen.

Zuchtviehversteigerung.

Die Herdbuchgesellschaft des schwarzbunten Niederungsrindes Großpolens veranstaltete Mittwoch von vormittags 11 Uhr ab in der Ausstellungshalle neben dem Oberschlesischen Turm unter der Leitung des Tierzuchtdirektors Dr. Konopiński ihre 45. Zuchtviehversteigerung, zu der über 300 Landwirte erschienen waren. Die zur Versteigerung gebrachten Bullen waren meist nicht von besonderer Güte; infolgedessen war auch die Kauflust gering, und die Preise waren in der Mehrzahl nur niedrig; diese letztere Tatsache resultiert wohl auch zum nicht geringen Teil aus dem großen Geldmangel, unter dem die Landwirtschaft jetzt ganz besonders leidet. Im ganzen wechselten 71 Bullen ihren Besitzer. Es wurden Preise zwischen 400—1000 zł bezahlt für 44 Tiere, zwischen 1000—2000 zł brachten 24 Tiere, 2000 zł und darüber 3 Tiere. Die höchsten Preise erzielten:

Katalognummer 53, Bulle Nr. 12 665, Züchter Tomaszewski-Gąsowy mit 2950 zł, Käufer Pomernacki-Potaszyce;

Katalognummer 4, Bulle Nr. 15 846/2716, Züchter Sondermann-Przyborowko mit 2300 zł, Käufer Dr. Sondermann-Wyszyny;

Katalognummer 45, Bulle Nr. 15 735, Züchter Sondermann-Przyborowko mit 2000 zł, Käufer von Wentzel-Belentschin.

Neue Liquidierungen.

Zur Liquidierung bestimmt sind laut „Monitor Polski" Nr. 60 und 61: Krankenhausgrundstück in Obornik, Besitzer: Vaterländischer Frauenverein in Obornik; Ansiedlung in Mierzynek, Kreis Birnbaum, Besitzer Paul Brauer; Ansiedlung mit Gastwirtschaft in Gromaden, Kreis Schubin, Besitzer Wilhelm Holtmeier; desgl. in Karlsdorf, Kreis Bromberg, Besitzer Hermann Bachmann in Schmölln (Deutschland); Grundstück in Margonin, Kreis Kolmar, Besitzer Deutsche Brennereigenossenschaft in Margonin.

X Der neue Post- und Telegraphentarif, veröffentlicht im „Dziennik Ustaw" Nr. 26 vom 14. März 1925, Pos. 188, und seit Sonntag gültig, ist in deutscher Sprache in der Geschäftsstelle Posen der Deutschen Sejm- und Senatsabgeordneten für Posen und Pommerellen (Redaktion des Blattes „Polnische Gesetze und Verordnungen in deutscher Übersetzung"), Poznań, Wały Leszczyńskiego 2 (fr. Kaiser-Ring) zum Preise von 1.50 zł zu beziehen.

s. Innenminister Ratajski weilte am Sonntag und Montag in Posen. Am Montag hielt er im Rathause eine Konferenz über Gemeindeangelegenheiten ab.

s. **Besuch.** Am 27. d. Mts. trifft der älteste jugoslawische akademische Chor „Oblić" in Stärke von 130 Mann hier zum Besuch ein. Der Ausflug geschieht aus Anlaß des 40jährigen Bestehen des Chors.

s. **Der polnische Generalkommissar in Danzig, Straßburger,** weilte auf seiner Rückreise aus Genf am Dienstag in Posen.

s. **Das Assessorenexamen** bestand Bronisław Polski aus Czarnikau.

s. **Die Kreistagswahlen für den Kreis Posen** finden am Sonntag, dem 19. April, statt. Es werden 55 Mitglieder gewählt, davon 50 aus 9 ländlichen Kreisen und 5 aus drei zu Posen gehörenden Gemeinden.

X **Wichtig für Inhaber von Lebensmittelgeschäften.** Das Starostwo Grodzkie bittet uns, mitzuteilen: Die Inhaber von Lebensmittelgeschäften sowie alle anderen Personen, die sich berufsmäßig mit dem Verkauf von Lebensmitteln beschäftigen, werden auf die Polizeiverordnung des Herrn Wojewoden vom 27. Januar 1925 betr. den industriellen und handelsmäßigen Umsatz von Lebensmitteln hingewiesen. Diese Verordnung erschien in Nr. 6 des Dziennik Urz. Woj. Pozn. vom 2. Februar d. Js. und gilt vom Tage der Veröffentlichung an. Es liegt im eigenen Interesse aller Interessenten, daß sie sich streng an die Vorschriften dieser Verordnung halten, da schon in nächster Zeit die Polizeiorgane in dieser Hinsicht die Kontrolle ausüben und Zuwiderhandelnde zur Bestrafung anzeigen werden.

---

* **Bromberg,** 18. März. Der Straßenbahnerstreik ist bei den gestrigen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien durch eine Einigung über die Regelung der Lohnfrage beigelegt worden, so daß bald nach 4 Uhr der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen werden konnte.

* **Karthaus,** 17. März. Weshalb bezahlen wir zwei Bürgermeister? Diese vorwurfsvolle Frage wurde auf der letzten Hausbesitzerversammlung an die von dieser Bürgerpartei gewählten Gemeindevertreter gerichtet. Diese gaben sich alle Mühe, darzutun, daß sie ihre Pflichten gegenüber ihren Wählern erfüllt hätten. Trotzdem ergab die Abstimmung eine Mißtrauenskundgebung von 81 vom Hundert aller Anwesenden. Darauf verließen die Gemeindevertreter den Saal, und vier von ihnen erklärten ihren Austritt aus dem Hausbesitzerverein.

s. **Koschmin,** 16. März. In der Wohnung des Kaufmanns **Kryska, ul. Kosciuszki,** brach in der Nacht zum 12. d. Mts. Feuer aus, das sich auch auf das unten belegene Schuhwarengeschäft erstreckte. Der Schaden beträgt 8000 zł. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

A. **Rothenburg a. O.,** 17. März. Am vorletzten Sonntag fand in der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde ein Jungmädchentag statt, der durch einen kirchlichen Festgottesdienst eingeleitet wurde und sich eines guten Besuches erfreuen durfte, da auch die jungen Mädchen der evangelischen Nachbargemeinden Wollstein, Rakwitz, Jablone und Konkolewo erschienen waren; die Gesamtzahl der erschienenen Vertreterinnen weiblicher Jugend betrug 210. Das Gotteshaus prangte in hochfestlichem Gewande. Die Festpredigt, in deren Mittelpunkt die Königsherrschaft Jesu, des dornengekrönten Heilandes, gerückt war, hielt der Direktor des Theologischen Seminars, Pastor Lic. Schneider aus Posen, und bot seinen Zuhörern eine Stunde hoher Weihe, wobei die reich ausgestaltete Liturgie, besonders im Wechselgesang der Jungmädchenchöre mit der Gemeinde im Zusammenwirken mit den Darbietungen des Gemischten Chors, dessen Glanzleistung die wirkungsvoll vorgetragene Arie des 23. Psalms war, den starken Eindruck der Feier noch um vieles erhöhte. Die Fortsetzung des Festes bildete ein Familiennachmittag im Saale von Otto Abrahams Gasthof in Glodin, wo die Versammlung durch gemeinsame Gesänge, Deklamationen und ein Festspiel gehaltvolle Anregungen empfing, die durch eine Ansprache des Festpredigers eine wertvolle Ergänzung fanden.

* **Thorn,** 16. März. Die „Weichselpost" berichtet: In der Nacht zum Dienstag nahm sich Stadtbaurat Ingenieur Stefan Zborzil in seiner Wohnung durch Vergiftung das Leben. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Thorner Presse vor einigen Tagen über eine Manipulation des Verstorbenen berichtete, mit der sich sodann die Staatsanwaltschaft beschäftigte. Ingenieur Zb. hatte sich für seine Tätigkeit als Zwangsverwalter der Thorner Elektrizitätswerke eine monatliche Pauschale von 200 zł zahlen lassen, und zwar ab 1. Dezember 1922, während sie ihm nur ab 1. Dezember 1924 zustand. Als zweiter Grund kam, wie „Słowo Pomorskie" schreibt, hinzu, daß der Magistrat ihn aufgefordert hatte, sein Entlassungsgesuch einzureichen. Zb. beantragte auch Montag abend in der Magistratssitzung seine Demission.

Blutrausch.

Eine Liebesgeschichte aus dem roten Rußland.

Von Gertrud von Brockdorff.

(21. Fortsetzung.)

„Ich bitte Dich, nicht in mich zu dringen, Boris Petrowitsch!" sagte er fast flehend. „Meine Gründe sind zwingend."

„Verzeih!" bat Rudnik voll Zartheit. Er hatte den Kopf abgewandt und starrte auf das vereiste Fenster.

Suwalkoff empfand es wie eine Befreiung, daß Rudnik ihn nicht mehr ansah.

Er begann hastig zu sprechen.

„Moskau ist ein gefährliches Pflaster, Boris Petrowitsch. Es kann sich über Nacht vieles ereignen! Ihr müßt in den nächsten Tagen abreisen."

„Wohin?"

„Gleichgültig, wohin. — Es gehen noch allerlei Züge. Vielleicht nach Petrowsky."

„In Petrowsky sind die Bauern wahnwitzig geworden. Sie haben die Verwalter erschossen und das Gutshaus zur Hälfte eingeäschert. Hältst Du Petrowsky für einen geeigneten Aufenthalt für Marja Petrowna?"

„Geeigneter immerhin als Moskau. Marja Petrowna ist bei den Bauern beliebt. Du auch, Boris Petrowitsch. Ihr habt niemand etwas zuleide getan."

„Wer fragt heutzutage danach, ob einem der andere etwas zuleide getan hat oder nicht?" fragte Rudnik mit gerunzelter Stirn.

„Es braucht ja auch nicht gerade Petrowsky zu sein, Boris Petrowitsch. Rußland ist groß wie die Unendlichkeit. Es gibt zehntausend Städte und Ortschaften."

Rudnik zuckte die Achseln.

„Reisen kostet Geld," meinte er lakonisch.

„Ich werde Euch das Geld geben, Boris Petrowitsch!"

Der Graf wendete ihm mit einer hastigen Bewegung den Kopf zu. In seinem Blick malte sich fassungsloses Staunen.

„Bist Du über Nacht so reich geworden, Sergej Alexandrowitsch?"

„Ich sagte: ich werde Euch das Geld geben," wiederholte Suwalkoff mit unsicherer Stimme. „Glaubst Du mir nicht, Boris Petrowitsch?"

„Selbstverständlich glaube ich Dir!"

Rudnik stand auf, vergrub die Hände in die Taschen seines Flauschrockes, ging langsam zum Fenster und kam wieder zurück.

„Was ist Dir?" fragte Suwalkoff.

Rudnik blieb stehen und sagte forschend: „Du hast mit einem Male ein fremdes Gesicht Sergej Alexandrowitsch."

„Seltsam!" dachte Suwalkoff. „Das hat mir gestern schon einmal jemand gesagt."

Er dachte an das graue Gesicht der alten Natascha, das bei der Erwähnung der „Außerordentlichen Kommission" ein fassungsloses Staunen ausgedrückt hatte.

„Frage nicht weiter, Boris Petrowitsch," bat er gequält.

Rudnik hatte ein zerstreutes Lächeln.

„Du verlangst viel, Sergej Alexandrowitsch."

Suwalkoff senkte den Kopf.

„Ich will nur Euer Bestes," murmelte er.

Der Graf nickte und nahm seinen Spaziergang durch das Zimmer wieder auf.

„Handelt es sich um Sascha?" fragte er nach einer Pause.

„Ja. Es handelt sich um Sascha."

Boris Petrowitsch erblaßte.

„Ist Gefahr vorhanden?"

Suwalkoff machte eine Bewegung, als ob er sich vom Bettrande erheben wollte, und blieb dann doch sitzen.

„Alexander Gregorowitsch ist an einer Verschwörung gegen die Regierung beteiligt und kann jeden Augenblick verhaftet werden."

Rudnik stand mit fahlem Gesicht vor ihm.

„Bist Du dessen ganz sicher, Sergej Alexandrowitsch?"

„Vollkommen sicher."

„Und ist man Sascha auf der Spur?"

„Vielleicht."

Der Graf löschte das blaue Flämmchen unter dem Samowar und sagte mit gepreßter Stimme:

„Ich fürchte, daß es schwer halten wird, Marja Petrowna zur Abreise zu bewegen. Sie wird sich weigern, Lydia Pawlowna zu verlassen!"

„Wende Deine ganze Beredsamkeit auf, Boris Petrowitsch," sagte Suwalkoff sehr ernst. „Versprich es mir."

„Ich verspreche es Dir um Marja Petrownas willen," meinte Rudnik mit einem sonderbaren Lächeln um die Lippen, in dem nichts von seiner gewöhnlichen Leichtfertigkeit war. Suwalkoff hatte das unabweisbare Gefühl, daß Boris Petrowitsch ihn von dieser Stunde an auf einmal mit anderen Augen betrachtete. Daß etwas Fremdes, fast Feindliches zwischen ihnen stand.

Er preßte die Lippen aufeinander und erhob sich mit einem Ruck, der die morsche Bettstatt in allen Fugen ächzen machte. „Auch um Deinetwillen, Boris Petrowitsch."

„Um meinetwillen?"

„Man hat ein Auge auf Dich geworfen," sagte Suwalkoff und hatte das sichere Gefühl, daß er einen Verrat beging, um den Freund zu warnen.

„Wer?"

„Dserschinski."

Rudniks Gesicht wurde so grau wie das Gesicht der alten Natascha.

„Dserschinski?"

„Er erkundigte sich nach Dir. — Vielleicht war es harmlos gemeint."

„Dserschinskis Erkundigungen sind niemals harmlos gemeint."

Suwalkoff starrte auf das blinde, zerbeulte Metall des Samowars, um das Zittern von Rudniks Händen zu übersehen.

„Was will er von mir, Sergej Alexandrowitsch?"

„Deine Beschäftigungslosigkeit fällt auf."

„Früher war die Beschäftigungslosigkeit das Vorrecht der großen Herren," meinte Rudnik und betrachtete die abstoßenden Stellen der Zimmerdecke. „Man war vielleicht ein Narr, sich seiner Vorrechte freiwillig zu entäußern."

Es war ein fremder, schwingender Klang in seiner Stimme. Ein spöttischer Herrenklang, der an Bolkonski erinnerte.

Suwalkoff spürte ihn wie eine leise, eisige Berührung.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Gerichtssaal.

s. Posen, 15. März. In das städtische Heim für Obdachlose kam am 18. Oktober v. Js. der Obdachlose Jan Żydowski in angetrunkenem Zustande und lärmte. Ein anderer Obdachloser Abraham verwies ihn zur Ruhe. Dafür stach Żydowski den Abraham mit einem Messer in den Bauch, so daß dieser ein paar Tage später starb. Für diese gemeine Tat verurteilte die 4. Strafkammer den Żydowski zu 4 Jahren Zuchthaus.

s. Posen, 13. März. Die 4. Strafkammer verurteilte den Einbrecher Ignatz Marcysiak von hier wegen zweier schwerer Diebstähle, Hehlerei, eines vollendeten und eines versuchten Straßenraubes zu 8 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. — Die 3. Strafkammer erkannte gegen den Schmied Johann Friedrich aus Schmiegel, der im Jahre 1919 einen polnischen Offizier wider besseres Wissen des Diebstahls an Handwerkszeug bezichtigt hatte, wegen Verleumdung auf 6 Monate Gefängnis.

s. Posen, 17. März. Wegen Wohnungswuchers wurde Frau Stefanja Kopytkowska zu einem Monat Gefängnis, 50 zł und den Nebenstrafen verurteilt, weil sie für die Abtretung ihrer Wohnung Allerheiligenstr. 8 im Januar v. Js. 1½ Milliarden Mark verlangt hatte. — Wegen Betrügereien wurde der Schlosser Francîszek Leszczyński aus Rawitsch zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Er war u. a. als Fürst Janusz Leszczyński aufgetreten.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung: nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

Th. N in P. 1. Da die Mündelgelder in Kriegsanleihe angelegt sind, diese aber, wie immer wieder betont sei, zurzeit nicht aufgewertet werden, sind sie auch nicht anmeldepflichtig. 2. Die Aufwertungsberechnung von Schuldsummen lehnen wir grundsätzlich ab. Sie haben Anspruch auf 10prozentige Aufwertung.

F. B. in B. 1. An dem freihändigen Verkauf Ihrer Häuser kann und wird Sie niemand hindern. 2. Ja. 3. Die Vererbung kann erfolgen. Die Höhe der Erbschaftssteuer richtet sich ganz nach dem Wert der Erbschaft und bewegt sich je nach der Höhe in Ihrem Falle zwischen 3 und 25 Prozent. 4. Da Sie ohnehin Reichsdeutscher sind, gelten Sie nicht als Optant. 5. Nur im Falle einer Ausweisung.

M. Br. in S. Unseres Erachtens ist Ihre Tochter erst vom 1. Januar 1928 ab zur Zurücknahme der Hypothek verpflichtet.

R. in Sk. Sie richten eine Briefkastenanfrage an uns ohne sich durch Einsendung des Bezugsscheins als Leser des „Pos. Tagebl." auszuweisen. Ebensowenig legen Sie einen Briefumschlag mit Freimarke bei. Bis Sie diese Bedingungen erfüllt haben, muß Ihre Anfrage unbeantwortet bleiben.

E. S. K. Ihre Anfrage ist sofort in Nr. 48 des „Pos. Tagebl." vom 27. Februar folgendermaßen beantwortet worden: „Nach Ihrer Darstellung scheint zu schließen zu sein, daß Sie in die Löschung der Hypothek ohne irgendwelchen Vorbehalt im Grundbuche eingewilligt haben. Dann haben Sie heut überhaupt keinerlei Anspruch auf nachträgliche Aufwertung. Auch ein schriftlicher Vorbehalt durch Einschreibbrief ändert an der Sache nichts. In Zukunft bitten wir, die Anfragen mit Tinte, nicht mit unleserlichem Kopierstift zu schreiben." Dem haben wir heut nur noch hinzuzufügen, daß Sie in Zukunft doch den „Briefkasten" etwas sorgfältiger darauf kontrollieren, ob Ihre Anfrage beantwortet ist. Sie hätten sich dadurch vielen Aerger und uns viel überflüssige Arbeit durch das Nachschlagen erspart. Im übrigen wiederholen wir das Monitum wegen des unleserlichen Kopierstifts.

R. C. in L. 1. Es ist ganz ausgeschlossen, daß an die von Ihnen genannten Personen Einreisegenehmigung erteilt werden wird. 2. Ganz gewiß. 3. Wenden Sie sich mit dieser Frage an einen Arzt.

Sch. hier. 1. Ein solcher Vertrag ist nur dann gültig, wenn er von beiden Parteien unterschrieben ist. 2. Die seinerzeit gezahlte Friedensmiete können Sie jederzeit beim städtischen Steuerbureau erfahren. 3. Bei einer Mietszahlung von 50 Prozent der Grundmiete hört nach Artikel 7, Abs. 2, die Bezahlung der Nebenausgaben durch den Mieter auf. Nur das Wassergeld ist noch zu zahlen, und das hört erst auf, wenn 75 Prozent der Grundmiete gezahlt werden.

L. Marz. Das ist unter Umständen möglich.

E. K. 59. 1. In Polen brauchen Sparkassengelder nicht zur Aufwertung angemeldet zu werden. 2. Die Anmeldung ist in diesem Falle, da sie hier erfolgen müßte, überflüssig.

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Freitag, den 20. März.

Berlin, 505 Meter. Vorm. Nachrichten. 4.30—6 Uhr nachm. Unterhaltungskonzert. Abends 8.30 Uhr Solo- und Zwiegesänge zur Laute.

Breslau, 418 Meter. Vorm. Nachrichten. 5—6 Uhr Unterhaltungskonzert. 8.30 Uhr abends Romantiker-Abend.

Frankfurt, 470 Meter. Abends 6.30 Uhr Opernübertragung „Carmen".

Hamburg, 395 Meter. 8 Uhr abends: Zum Gedächtnis Alfred Sormanns.

Königsberg, 463 Meter. 4.30—6 Uhr Unterhaltungskonzert. 8—9 Uhr abends Oberschlesier-Abend.

Rom, 426 Meter. 8.30 Uhr Großer Ehrenabend zum Gedächtnis von Massenet.

Wien, 530 Meter. 8 Uhr abends Populäres Orchesterkonzert.

Zürich, 515 Meter. 8.15 Uhr abends Heitere Dichtungen.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, den 21. März.

Berlin, 505 Meter. Vorm. Nachrichten. 4.30—6 Uhr nachm. Unterhaltungsmusik, 8,30 abends Bach-Abend.

Breslau, 418 Meter. Vorm. Nachrichten. Nachm. 4,30—6 Uhr Rundfunkkinderfest. Abends 8,30 Uhr „Alt-Heidelberg".

Königsberg, 463 Meter. 8—9 Uhr abends Opernabend.

Leipzig, 454 Meter. Abends 8,15 Uhr Frühlingsliederabend.

Münster, 410 Meter. 8,30 Uhr abends Tanzmusik.

Rom, 426 Meter. Abends 8,40 Uhr Konzert.

Wien, 530 Meter. 8 Uhr abends Heitere Akademie.

Zürich, 515 Meter. Abends 8,30 Uhr Tanzabend.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. sämtlich in Poznań.

Furchtbares Wirbelsturmunglück in Nordamerika.

890 Tote, über 2500 Verletzte.

Neuyork, 19. März. Aus Centralia in Illinois wird gemeldet, daß in Murphysboro hundert Personen und in anderen Städten im südlichen Illinois zahlreiche Personen durch einen Wirbelsturm getötet oder verletzt worden seien. Die Stätten Murphysboro, Desoto und Bush sind durch den Wirbelsturm so gut wie zerstört worden.

Chikago, 19. März. Nach soeben eingegangenem Funkbericht werden als Opfer des Wirbelsturmes in den Staaten Indiana, Illinois und Missouri 890 Tote und 2099 Verletzte gemeldet. An vielen Orten brach Feuer aus, wodurch der Schaden sehr verschlimmert wurde.

Chikago, 19. März. Die zerstörten Telephon- und Telegraphenlinien machen die Feststellung genauer Einzelheiten über die durch den Wirbelsturm verursachten Schäden sehr schwierig. Mit jeder Stunde wächst die Zahl der Verunglückten. Eine Nachricht von heute morgen 1 Uhr gibt die Zahl der Getöteten mit 957, die der Verletzten mit 2674 an. Unter den Toten befinden sich viele Schüler und Lehrer. Der Sachschaden ist sehr groß. Kirchen und Schulen sind am meisten beschädigt, außerdem Wohnhäuser und landwirtschaftliche Gebäude. In dem Pfarrdorf West-Frankfort sollen allein 700 Menschen getötet worden sein.

Neuyork, 19. März. Zu dem furchtbaren durch den Wirbelsturm angerichteten Unglück wird noch gemeldet: Die Stadt Murphysboro steht vollständig in Flammen. Man sah die Einwohner wie wahnsinnig in den Straßen umherlaufen. Alle Elektrizitätsanlagen sind zerstört, so daß sich die Rettungsmannschaften zur Beleuchtung mit Radfahrer- und Automobillampen bewaffnen mußten.

In kurzen Worten.

Im Mittelmeer herrscht ein solcher Sturm, daß das englische Geschwader, das zurzeit seine Manöver abhält, nach Palma auf Mallorka flüchten mußte. Die Häfen von Algeciras, Alassa, Melilla und Ceuta sind schwer beschädigt worden.

•

Eine estnisch-russische Eisenbahnkonferenz hat in Reval begonnen. Es handelt sich um Einrichtung eines direkten Verkehrs zwischen den beteiligten Staaten.

•

Die neue Tagung des preußischen Staatsrats, die am Dienstag, dem 17. März, ihren Anfang nehmen sollte, ist vertagt worden; sie nimmt erst am 31. März ihren Anfang und wird voraussichtlich bis zum 4. April dauern.

•

Nach einer Meldung der „Nischi Nischi“ ist zum japanischen Botschafter in Moskau Yoschisawa, Leiter der japanischen Delegation die den letzten Vertrag mit Sowjetrußland unterzeichnet hat, ernannt worden.

•

Durch eine Feuersbrunst in Fuera Dura in Portugal sind 300 Häuser, zumeist Wohnungen von Fischersleuten, niedergebrannt. Mehrere hundert Personen sind obdachlos.

•

Pariser und Londoner Meldungen besagen übereinstimmend, ein Sicherheitspakt werde nicht abgeschlossen werden, ehe nicht Deutschland dem Völkerbund beigetreten sei.

•

Die starken Schneefälle und Schneestürme, unter denen Norditalien leidet, haben nun auch Rom berührt. Bei empfindlicher Kälte schneite es in dichten Flocken. Die berühmten Weinorte Frascati, Albano, Castel Gandolfo liegen in nordischer Winterlandschaft.

•

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die türkischen Behörden die Leiter der fremden Schulen angewiesen haben, ihre griechischen und armenischen Hilfskräfte zu entlassen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 19. März.

Verschiebung der Frist für die Einkommensteuererklärungen.

Die Steuerberatungsstelle der „Labura“, Tow. z. o. p., Posen, teilt mit, daß, einer amtlichen Verfügung zufolge, der Abgabetermin der Einkommensteuererklärung, der entsprechend den Vorschriften des Artikels 49 des Einkommensteuergesetzes für physische Personen auf den 1. März und für juristische Personen auf den 1. Mai des jeweiligen Steuerjahres festgesetzt ist, vorläufig auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Die Veranlassung hierzu bilden wichtige Veränderungen des Einkommensteuergesetzes die in einer Novelle dem Sejm vorliegen und von diesem zurzeit beraten werden. Nachdem diese dringliche Vorlage vom Sejm verabschiedet ist und Gesetzeskraft erhalten hat, werden die hierfür zuständigen Behörden den Abgabetermin der Einkommensteuererklärung sowie die Zahlungstermine öffentlich bekanntgeben.

Die hohen Ausfuhrgebühren.

Die von den Grenzzollämtern erhobenen Ausfuhrgebühren erreichen eine Höhe, die immer mehr zu Klagen Anlaß gibt. Für einzelne Sendungen betragen diese Gebühren rd. 16 Groschen für 100 Kg. Schon die hohen Zollabfertigungsgebühren, die sich besonders bei Versendung schwerer Massenartikel unangenehm bemerkbar machen, bedeuten eine übermäßige Belastung, die bei Hinzurechnung der Gebühren für die Dienstleistungen, Manipulations- und statistischen Gebühren geradezu unerträglich wird. Die Gebühren für die Dienstleistungen sind unseres Erachtens in dieser Höhe unberechtigt, da die Bahn-Zollämter schon durch die Gebühren für die Zollabfertigung hinreichend abgelöhnt werden. Besonders drückend werden die hohen Ausfuhrgebühren von denjenigen Produzenten empfunden, deren Waren im Inlande keinen Absatz finden und die darauf angewiesen sind, ins Ausland zu liefern. Wiederholte Vorstellungen der interessierten Kreise bei den maßgebenden Stellen sind bisher erfolglos gewesen. In Anbetracht der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit polnischer Produkte im Ausland müßte die polnische Regierung die Ausfuhrgebühren, die die Ausfuhr ungeheuer belasten, ermäßigen, um so mehr, als unsere Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten infolge unserer hohen Selbstkosten schon genug erschüttert ist.

Der Verkehr mit künstlichen Süßmitteln. Eine Verordnung des Finanzministers über die Herstellung von Süßstoffen, d. h. solcher chemischen Verbindungen, welche zur Süßmachung von Speisen und Getränken verwandt werden, ohne den Nährwert des Zuckers zu besitzen, bestimmt, daß unter diese Rubrik Sacharin, Dulzin, Glycin und solche Substanzen fallen, welche leicht in Sacharin übergeführt werden können. Grundsätzlich können künstliche Süßmittel nur für Heil- und wissenschaftliche Forschungszwecke verwandt werden. Vorübergehend wird jedoch ihre Anwendung zur Süßmachung von Getränken und Speisen zugelassen, jedoch nur für den Hausgebrauch. Dagegen ist die Anwendung zur Süßung von Lebensmitteln und Getränken, die zum Verkauf bestimmt sind, unbedingt verboten. Die Herstellung und der Handel mit künstlichen Süßstoffen ist nur mit behördlicher Genehmigung gestattet. Jeder Süßstofftransport im Gebiete der Republik muß von den entsprechenden Dokumenten begleitet sein, d. h. von einer Transportbescheinigung, wenn er aus der Fabrik kommt, von einem Bestellscheinduplikat, wenn er von einer konzessionierten Großhandelsgesellschaft verschickt wird, und von einer Einfuhrgenehmigung, wenn er aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig stammt. Gesuche betr. Errichtung einer Fabrik oder betr. Handelserlaubnis sind an die zuständigen Monopolstellen zu richten.

s. **Die Deckgebühren für im Stutbuch eingetragene Stuten** haben die staatlichen Gestütsdirektionen mit dem 1. d. Mts. ermäßigt, und zwar: vom Hengst 1. Kategorie auf 17 zł, 2. Kategorie 10 zł, 3. Kategorie 7 zł.

s. **Größere Transporte Zander** waren auf den letzten Fischmärkten zum Verkauf gestellt; sie stammen aus den Ostprovinzen und treffen, in Eis verpackt, über Warschau—Lodz hier ein. Das Pfund kostet 1,60 zł.

* **Passionsfeierstunde des Evang. Predigerseminars.** Die Mitglieder des Predigerseminars halten am Freitag abends 8 Uhr in der St. Matthäikirche eine liturgische Feierstunde, deren Aufbau und Zusammenstellung einen tiefgehenden inneren Gewinn allen Besuchern verspricht. Es wird auch an dieser Stelle darauf hingewiesen und zum Besuch über die Grenzen der Matthäigemeinde hinaus eingeladen. Die Sammlung beim Ausgang dient auf Wunsch der Veranstalter der Feierstunde der Armenarbeit ihrer Gemeinde. Die schon verteilten Vortragsfolgen sind mitzubringen oder weiterzugeben, da nur eine beschränkte Zahl zur Verfügung steht.

s. **Dem Zoologischen Garten** schenkte Stanisław Lilpop aus Warschau zwei zahme Fischottern.

X **Eine erfolgreiche Verbrecherjagd.** Die beiden Landsleute aus Wilna, der 27jährige Kaufmann Moses Kiloen und 26jährige Kürschner Moses Bulkin waren nach Posen gekommen, hatten sich hier zu gemeinsamer Taschendiebestätigkeit vereinigt und die Bank Polski als Operationsfeld ausersehen; wurden dort aber von Kriminalbeamten fortgesetzt im Auge behalten. Als gestern vormittag ein Bote der städtischen Bank eine mit 1 zł-Silberstücken in Höhe von 13 600 zł gefüllte Tasche auf der Schulter zur Bank Polski trug, trat Bulkin von hinten an den Boten heran, entwendete aus der Tasche 1000 zł und lief davon. Es entspann sich nun eine Verbrecherjagd nach den beiden Genossen. Bulkin flüchtete in der St. Martinstraße in ein Haus und wurde dort festgenommen; das gestohlene Geld hatte er jedoch bereits seinem Spießgesellen Kiloen ausgehändigt, der inzwischen spurlos verschwunden war und sich, nachdem er sich durch Umkleiden unkenntlich gemacht hatte, im Auto nach dem Hauptbahnhof begeben hatte, wo er sein Gepäck abgab und dann schleunigst wieder in die Stadt zurückfuhr. Nach einer Stunde etwa fuhr er nach dem Bahnhofe im Auto zurück und lief dort, als er eine Fahrkarte lösen wollte, der Polizei in die Hände, die ihn schon erwartet hatte. Die gestohlenen 1000 zł fanden sich wohlverwahrt in dem niedergelegten Gepäck vor. Die beiden Gauner sind zweifellos gewerbsmäßige Taschendiebe und haben noch andere Taten auf dem Kerbholze. Der eine wurde im Besitz einer wertvollen goldenen Uhr und von Herrenstoffen angetroffen.

X **Festnahme von Schwindlern.** Der 23jährige Monteur Edmund Aniola von hier wurde gestern festgenommen, da er sich als Beauftragter des Städtischen Elektrizitätswerkes ausgegeben und in zahlreichen Fällen mit gefälschten Stempeln versehene Rechnungen des Elektrizitätswerkes über gelieferten Strom bzw. über vorgenommene Reparaturen eingezogen hatte. In anderen Fällen hatte er sich auf Grund eines gestohlenen Kontobuchs für gelieferte Radioanlagen von verschiedenen Kaufleuten Beträge zwischen 2 und 11 zł, im ganzen gegen 160 zł auszahlen lassen; diese Rechnungen hatte er mit dem gefälschten Stempel einer Firma Radio-Telefon in der ul. Kantaka 13 (fr. Bismarckstr.) versehen. Geschädigte können sich im Zimmer 37 der Kriminalpolizei melden. — Ferner wurde gestern als Schwindlerin festgenommen die 37jährige Arbeiterin Marja Laskowska, die sich auf billige Lebensmittel Anzahlungen hatte leisten lassen und den zur Empfangnahme der Lebensmittel mitgegebenen Dienstmädchen in irgend einem Hausflur jedesmal zu entwischen verstand. Es handelt sich um eine wegen ihrer Schwindeleien der Kriminalpolizei schon lange bekannte Person.

X **Von einem Kraftwagen überfahren** wurde gestern nachmittag 2½ Uhr die 12jährige Schülerin Marja Legelówna aus Kiekrz auf der Strecke zwischen Bahnhofsbrücke und Caponnière. Sie erlitt einen doppelten rechten Beinbruch. Der Chauffeur fuhr die Verletzte zu ihren Verwandten in der ul. Franciszka Ratajczaka 11 a (fr. Ritterstr.) und machte sich dann unerkannt aus dem Staube. Zeugen des Vorfalls werden gebeten, sich bei irgend einem Polizeirevier oder bei der Kriminalpolizei im Zimmer 7 zu melden.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden gestern: aus einer Wohnung in der Aleje Marcinkowskiego 26 (fr. Wilhelmstr.) vier weiße große Bettlaken, gez. J. W., und verschiedene andere Wäschestücke im Werte von 300 zł; im Hause Jesuitenstr. 12 einer Dame beim Betreten des Hauses von einem jungen Burschen eine Handtasche mit 30 zł Inhalt; aus einem Bureau Plac Wolności 11 (fr. Wilhelmsplatz) zwei Schreibmaschinen, Marke „Underwood“ und „Adler“, die beide mit polnischen Buchstaben versehen sind.

X **Bei einem Einbruch auf frischer Tat festgenommen** wurde gestern in einer Wohnung des Hauses ul. Cieszkowskiego 8 (früher Königstr.) der 36 Jahre alte Arbeiter Josef Maćkowiak.

s. **Starker Eisgang** ist infolge der letzten Fröste auf der Warthe eingetreten.

s. **Vom Wetter.** Heute, Donnerstag, früh war 1 Grad Kälte.

Aus den Konzertsälen.

St. Barcewicz. — Posener Domchor. — W. Piasecka.

Der Warschauer Violinvirtuose St. Barcewicz konnte dieser Tage auf eine 50jährige künstlerische Betätigung zurückblicken. Diesen Anlaß benutzten Posener Verehrer seiner Kunst, ihm zu Ehren am 12. März in der Universitätsaula ein Konzert zu veranstalten, dessen Hauptarbeit der Jubilar selbst bestritt. Auf den herzlichen Empfang, welcher dem jetzt 67 Jahre alten Tschaikowsky-Schüler zuteil wurde, fiel insofern ein Schatten, als der Besuch sich in mäßigen Grenzen hielt. Diese unerwartete Tatsache dürfte von dem Veranstaltungskomitee — die Posener Künstlerschaft — als schmerzliche Beigabe empfunden worden sein. Der Violinist in weißem Haar spielte die C-moll-Sonate von Grieg, das herrliche, durch den berühmten Leipziger Gewandhausgeiger Ferdinand David (1810—1873) zuerst kreierte Konzert von Mendelssohn und Wieniawskis mehr instruktives Konzert in D-moll. Der Vortrag wurde natürlich nicht mehr von jugendlicher Frische getragen, an ihre Stelle sind Abgeklärtheit und ein wenig Behäbigkeit getreten. So abstrahierten die Mittelsätze der beiden Konzerte (Andante bzw. Romanze) in erfreulichem Maße Milde des Ausdrucks, und in gleicher Weise erhielt die Lyrik des norwegischen Meisters die richtige Temperatur. Wo das musikalische Gestalten jedoch eine expressivere Richtung einzuschlagen hat, da verharrte die Interpretation allzu sehr in strammer Haltung, das Gesicht des Vortrags wechselte dann zu selten die Farbe, man mußte sich in diesen Fällen damit begnügen, den tadellosen Sitz der Finger- und Bogentechnik zu bewundern. Da waren irgend welche Alterserscheinungen nicht zu entdecken, die Parade der Oktavpassagen, Triller und Doppelgriffe vollzog sich in mustergültiger Ordnung. Nicht vergessen möchte ich hervorzuheben, daß Herr Barcewicz an den Stellen, wo Mendelssohn von sentimentalen Anwandlungen befallen wird — ich denke an das einleitende Allegro —, diesen Gefühlsmomenten klanglich einen breiten Resonanzboden zur Verfügung hielt. Als die letzten Takte des Werkes von Wieniawski verklungen waren (ein tanzartiges Gebilde in ungarischem Stil), gab es für den Jubiläumsgeigenmeister wärmste Beifallsäußerungen. In die Begleitung teilten sich die Herren Lisiecki und Raczkowski. Sie war eine würdige und beachtete den nötigen dynamischen Abstand.

Über das Wesen des Palestrina-Stils äußert sich R. Wagner in seiner Studie „Beethoven“ dahin, es handle sich hier um eine durchaus geistige Offenbarung, von welcher wir deshalb in so unsäglicher Rührung ergriffen werden, weil sie uns zugleich deutlicher als alles andere das innerste Wesen der Religion, frei von jeder dogmatischen Begriffsfiktion, zum Bewußtsein bringt. Gounod bezeichnet in seiner Schrift „Vie d'un artiste“ als Kennzeichen der Musik Palestrinas eine bis zur Ekstase gesteigerte Intensität der Vergeistigung. In großen Zügen geben diese Urteile ungefähr das wieder, was als Eigentümlichkeit der Kunst des größten Komponisten der katholischen Kirche zu gelten hat. Einen Einblick in diese Besonderheit gestattete das Konzert, welches der „Posener Domchor“ am letzten Sonntag mittag in der Universitätsaula unter Leitung des Domkapellmeisters, Geistlichen Dr. Gieburowski, absolvierte. Palestrina wurde vor 400 Jahren geboren, seinem Gedächtnis galt die musikalische Feierstunde. Den Meister als Reformator der katholischen Kirchenmusik hinzustellen, wäre nicht ganz korrekt, sein Wirken hatte mehr restaurierenden Charakter, allerdings von epochemachender Bedeutung. Auf dem Tridentiner Konzil (1545—63) wurde u. a. der Beschluß gefaßt, die Kirchenmusik einer gründlichen Renovation zu unterziehen, ihr vor allen Dingen jede instrumentale Ausschmückung zu nehmen. Lediglich die Singstimme sollte sich in den Dienst des Gottesdienstes stellen. Ein radikaler Versuch, auch den mehrstimmigen Gesang aus der Kirche zu weisen, fand keine genügende Unterstützung. Palestrina, damals Kapellmeister am Lateran, hernach in gleicher Eigenschaft an der Peterskirche in Rom tätig, wurde mit der Ausführung des kirchenmusikalischen Erneuerungsbaues beauftragt. Er hat die Aufgabe glänzend gelöst, den gottesdienstlichen Gesang pflichtgemäß der Weltlichkeit entrückt und ihm dafür die verloren gegangene Kirchlichkeit wieder zugeführt. Diesen a capella-Chören des Stilbildners Palestrina fehlt jede persönliche Note, sie sind streng auf ein dem Irdischen entzogenes Sehnen zu Gott eingestellt und fühlen sich aufs engste mit der Kirche verbunden. „Das sind die Harmonien des neuen Gesangs, welche der Apostel Johannes aus dem himmlischen Jerusalem tönen hörte, und welche uns ein irdischer Johannes jetzt im irdischen Jerusalem hören läßt“, so rief Papst Pius IV. aus beim Anhören der von Palestrina seinem Gönner Papst Marcellus II. gewidmeten „Missa papae Marcelli“. Man erwarte nun nicht, daß Palestrinas Werke (er hat u. a. 93 Messen und 179 Motetten geschrieben) in Gleichförmigkeit erstarren. Im Gegenteil, seine Doppelchöre z. B. zeichnen sich durch ungemeine Beweglichkeit aus, dem „Expressivo“ ist größter Spielraum vorbehalten. Nur das dürfte feststehen: Die ganz aufs Unpersönliche hinzielende Struktur der Musik Palestrinas wird ihre wahre Machtfülle letzten Endes allein da sichtbar werden lassen, wenn sie an einem Ort ertönt, für den sie geschaffen ist, in der Kirche, im Rahmen einer gottesdienstlichen Handlung. Im Konzertsaal mit seinen unvermeidlichen Beifallsgeräuschen wird man ihre Größe nur ahnen können. Trotzdem soll die verdienstvolle Tat Dr. Gieburowskis und seines Domchors, Palestrina und seinen ihm geistig nahestehenden Freund Vittoria in distinguierter Weise zu Worte kommen zu lassen, keinerlei Einschränkungen erfahren. Palestrina war mit mehreren Motetten vertreten, ferner verzeichnete das Programm das „Kyrie“ aus der vorhin erwähnten Messe, den „Benedictus“ aus der Messe „Ave regina coelorum“ und eine der tonschönen Lamentationen (Klagegesänge). Von Vittoria hörte man einige Motetten, eine seiner Improperien (Klage des leidenden Heilands am Kreuz). Der Männer- wie auch Gemischte Chor verfügen über prächtiges Stimmaterial. Die musikalische Disziplin der Sänger ist eine musterhafte, ihr Zusammenwirken bedeutungsvoll. Dr. Gieburowski holte in feinster Kleinarbeit die weitverzweigten Nüancierungen hervor und leistete insonderheit in der Modifikation der Klangfärbung Großartiges. Es wurden Diminuendos bewerkstelligt, die sowohl der künstlerischen Intelligenz des Leiters als auch dem Anpassungsvermögen und Verständnis des Chors hoch anzurechnen sind. Als peinlich durchgebildet erwies sich weiterhin das Legato dem mit eine der wichtigsten Rollen zufällt. Dem Gesange entsprang, man spürte es dauernd, ein tief-religiöses Bekennen, ein gottesdienstähnlicher Ernst, der himmelwärts strebt. In diese Atmosphäre paßte der laute Beifall schlecht hinein, so sehr ich ihn Dr. Gieburowski und den Domsängern gönne. Jeder war ergriffen, die andächtige Stille hätte nicht unterbrochen werden sollen. Den Auftakt des stark besuchten Konzerts gab der Vortrag der Orgelfantasie und Fuge G-moll von Bach. Herr Domorganist Pawlak spielte das grandiose Werk in guten Abstufungen. Die Pedaltechnik war sicher, Registerbedienung wohlgeordnet und überlegt.

Die energische Art, wie Fräulein Wanda Piasecka die Chaconne D-moll von Bach in der interessanten, aufgeputzten Frisur Busonis auffaßte und spielte, ließ das Beste erhoffen. Die Erwartungen erwiesen sich hinterher als zu hoch gespannt. Die Waldstein-Sonate von Beethoven hatte mehr das Aussehen eines unvollendeten Rohbaues. Das war noch nicht das feuervolle Spiel einer schwer erregten Tonwelt, die Beethovenschen Genieblitze verkümmerten zu harmlosem Wetterleuchten. Der Pianistin ist es augenscheinlich noch versagt, in die tieferen Regionen dieses Bravourstücks eines vermittelnden großen Geistes vorzudringen, sie ist über die Rinde nicht hinausgekommen. Man hörte also etwas, was, rein technisch betrachtet, einen leidlichen Schnitt hatte, in dem die Vortragende den Absichten des Komponisten gegenüber jedoch eine zu lukrativ bemessene Objektivität walten ließ. Das klang alles so uniform. Die verschiedenen Gestalten des C-dur-Themas im Rondo der Sonate zum Beispiel waren schwer auffindbar, man mußte schon die Gehörsnerven in stärkere Bereitschaft setzen, um hier der aktionsfreudigen Modulation von Beethovens Ausdruckskraft auf die Spur zu kommen. Ähnliches trat im H-moll-Scherzo von Chopin in Erscheinung. Die drängenden Achtelfiguren im Anfang wurden gut getroffen, doch schon bei der weiteren Gedankenentwicklung war die Steuerung nicht mehr ganz zielsicher. Chopins Fis-moll-Polonaise zeigte eine vollkommene Vergeistigung. Der dumpfe, melancholische Unterton im „Tempo di Polacca“ hob sich gewichtig ab. Graziös und anschmiegend stieg die Mazurka aus dem Duster empor. Überhaupt war die Klavierspielerin beim Entstehenlassen von Stimmungsbildern kleineren Formats gut situiert. Derartige musikalische Kleinkunst von Rameau und Debussy glichen Rosinen, die gut mundeten. Zwei Präludien eines jungen Komponisten St. Czapski gereichten dem Programm nicht zum Nachteil. Sie muten fast wie glückliche Improvisationen an und sind, von einigen expressionistischen Schnörkeln abgesehen, genießbar. Fräulein Piasecka spielte sie mit Nachdruck und bezeigte den tonpoetischen Erstlingen viel Wohlwollen. Die schönsten Augenblicke begleiteten das Cis-moll-Nocturne von Chopin, ein erhebender Nachtgesang, während der Brautzeit des Komponisten mit Maria Wodzinska entstanden. Die Lyrik der Kantilene ließ an Innigkeit nichts zu wünschen übrig. Der Anschlag bewies, daß er, wenn es durchaus sein muß, auch zartere Saiten aufziehen kann. Zusammengefaßt sei gesagt, daß mit Ausnahme der Bachschen Komposition die Pianistin kompliziertere Tongebilde noch nicht klar genug zergliederte und inhaltlich erklärte, was ihr aber bei fortschreitendem Studium gewiß gelingen wird, zumal ihr die dazu notwendigen technischen Hilfsmittel bereits in ausreichendem Maße zu Gebote stehen. Das gut besuchte Haus (das Konzert fand am 16. März im Evangelischen Vereinshaus statt) spendete reichen Beifall.

Alfred Loake.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Freitag, den 20. 3.: Evang. Verein Junger Männer: 7 Uhr Turnen.

Freitag, den 20. 3.: Verein Deutscher Sänger: 8 Uhr Übungsstunde.

Sonnabend, den 21. 3.: Evang. Verein Junger Männer: Wochenschlußandacht. Vorher Generalprobe im großen Saale.

Deutscher Theaterverein Posen. Es wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Sonnabend, dem 21. d. Mts., die Schüleraufführung von „Minna von Barnhelm" nur dann stattfinden kann, wenn bis spätestens Donnerstag, den 19. d. Mts., die nötige Anzahl von Karten verkauft worden sind. Es dürfte von allgemeinem Interesse sein, zu erfahren, daß sich die Gesamtkosten einer Aufführung des Theatervereins, d. h. nur bare Unkosten, sich auf etwa 900 Zloty belaufen Dieses Risiko vermag der Verein nicht zu übernehmen und bittet daher nochmals die Schulvorstände der deutschen Schulen und alle, die sonst noch ein Interesse an der Schüleraufführung haben, sich die Eintrittskarten bis spätestens Donnerstag zu besorgen. Die Vereinsleitung würde es sehr bedauern, wenn sie aus Mangel an Interesse gezwungen werden würde, die Vorstellung abzusagen. Es ist diesmal Vorsorge getroffen worden, daß der Saal besser geheizt ist. Die Preise der Plätze sind 4, 3 und 2 Zloty ausschließlich Steuer. Für Schüler und Schülerinnen unter 18 Jahren auf allen Plätzen die Hälfte.

* **Inowrocław** 16. März. Auf frischer Tat festgenommen wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein gewisser Jan Baturaj aus Lodz in dem Augenblick als er einem der Reisenden die Brieftasche aus der Tasche ziehen wollte.

* **Kempen.** 16. März. Ein Wirtschaftsbeamter aus Olszowa wollte mit seiner Braut zum Altar schreiten. Durch einen Zufall erfuhren jedoch die Behörden, daß der Bräutigam wegen einer Doppelehe strafrechtlich verfolgt werde. Er wanderte nun am Hochzeitstage in das Gefängnis

s. **Lissa i. P.**, 17. März. Über das Vermögen der Firma „Herka", Fabryka Kapeluszy Tow. z o. p. hier ist am 9. d. Mts. der Konkurs eröffnet und zum Verwalter der Buchhalter Feliks Tafka hier, ul. Kosciańska 68, ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 6. Juni.

* **Montwy**, 17. März. In die Wohnung des Herrn Teresiński wurden dieser Tage des Nachts von zwei jungen Burschen, die zum Fischfang nach der Netze auszogen, zwei größere Steine geschleudert, durch die zum Glück niemand verletzt wurde. Wie man annimmt, ist diese Tat auf einen Racheakt zurückzuführen.

* **Putzig**, 17. März. Die Schaffung einer Ferienkolonie für 600 Kinder wird hier geplant. Aus diesem Anlaß weilte hier kürzlich der Leiter der Volkshochschule in Warschau.

s. **Santomischel**, 16. März. Der hiesige Propst Michalski ist zum Dekan des Schrimmer Dekanats ernannt worden; er kann am 22. April sein 25jähriges Priesterjubiläum feiern.

* **Schubin**, 18. März. Wolfsspuren sollen sich, wie von verschiedenen Seiten berichtet wird, neuerdings im Schubiner Walde auf dem frisch gefallenen Schnee gezeigt haben. Von den Tieren selbst hat man bis jetzt freilich noch keines zu Gesicht bekommen, und so bleibt abzuwarten, ob die Meldungen anderweitig bestätigt werden. (Sollte es sich nicht wieder einmal um die Spuren von Wolfshunden handeln? Schriftltg. des „Pos. Tagebl.")

* **Stargard** 16 März. Bei Kokoschken überraschte ein Grenzpolizeibeamter mehrere Tabakschmuggler auf einem einsamen Wege. Als sie seiner ansichtig wurden, ergriffen sie die Flucht. Der Polizeibeamte forderte sie zum Stehenbleiben auf, und als sie dieser Aufforderung nicht folgten, gab er, wie das „Pomm. Tagebl." meldet, einen Schuß ab, durch den ein Schmuggler getötet wurde.

s. **Tremessen**, 16. März. Sein 65jähriges Priesterjubiläum wird am 22. Dezember d. Js. der Prälat Andrzej Ussoroński, Propst in Blütenau, voraussichtlich begehen können.

* **Zirke**, 17. März. Daß in unserem Städtchen Geldknappheit herrscht, kann man, wie der „Deutsch. Rundsch." von hier geschrieben wird, an den Wochenmärkten kaum merken; zahlen doch unsere Hausfrauen für Butter und Eier, und auch andere Bedarfsartikel jeden geforderten Preis. Auch heute konnte man feststellen, daß die Posener Marktpreise fast überschritten wurden, obwohl Butter genügend da war. Sollte, was in Posen möglich ist, sich nicht auch hier durchführen lassen, und der Preissteigerung ein Riegel vorgeschoben werden können?

Aus Polnisch-Oberschlesien.

s. **Königshütte**, 16. März. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Jan Prochota, ul. 3. Maja 5, ist am 23. v. Mts. der Konkurs eröffnet und zum Verwalter der Kaufmann Kloß ernannt worden; Anmeldefrist bis zum 30. März.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 10. März. Die hiesige Kriminalpolizei erhielt die Mitteilung, daß im Keller des Hauses ul. Białołęcka 28 Silbergeschirr usw., das dem ermordeten Zaren Nikolaus II. gehören soll, vergraben sei. Ein Geheimpolizist konnte bereits nach wenigen Spatenstichen einen Teil reichinkrustierten Tafelsilbers, dessen jedes Stück das Monogramm N II und die Zarenkrone trägt, aufdecken. Wie festgestellt wurde, war dies Silber Eigentum des im selben Hause wohnhaften und als Hehler bekannten Abraham Jonis. Er wurde verhaftet und sagte bei der Vernehmung aus, daß er das Silberbesteck von zwei Brüdern Kielczyk gekauft habe. Nun ist einer von diesen wegen Raubüberfalls erschossen worden, der andere aber aus dem Gefängnis ausgebrochen und geflohen. Die weitere Untersuchung, ob das gefundene Silber dem ermordeten Zaren gehört hat, ist im Gange.

* **Warschau**, 16 März. Ein fatales Abenteuer erlebte hier ein Beamter der pommerellischen Bezirkspolizei. Er weilte hier in Dienstgeschäften und suchte auch den Sachsengarten auf. Dort gesellten sich zu ihm mehrere Männer, die ihm, dem vermeintlichen reichen Provinzler, Gold, Brillanten usw. zum Kauf anboten. Er erstand vier große Brillanten für 400 zł, die sich jedoch später als geschickt zugeschliffene Glasstückchen erwiesen.

* **Danzig**, 15. März. Gemeinsam in den Tod gehen wollten in Danzig-Langfuhr der 56jährige Gelderheber Max Müller und die Wirtschafterin Johanna Samlowitz. Sie wurden nachts gegen 2 Uhr auf dem Markt in Langfuhr sitzend in bedenklichem Zustande aufgefunden. Sie hatten sich mit Lysol vergiftet und wurden nach dem städtischen Krankenhause geschafft. Da beide stellungslos waren, scheint die Ursache der Tat in Nahrungssorgen zu suchen zu sein.

Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

Von den Banken.

△ **Am 11. März** fand die Sitzung des Aufsichtsrats der Diskonto-Gesellschaft statt, in der über die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde. Auf Vorschlag der Geschäftsinhaber wurde beschlossen, der auf den 31. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent auf das für das Jahr 1924 dividendenberechtigte Kommanditkapital von 91 500 000 Rm. in Vorschlag zu bringen. Es erbrachten: Diskontogesellschaft einschließlich der Zweigniederlassungen: Wechsel und Zinsen 1924 25 804 862,86 Rm., 1914 20 327 320 M. (einschließlich der Norddeutschen Bank in Hamburg und des A. Schaaffhausenschen Bankvereins A.-G., deren gesamtes Aktienkapital sich bekanntlich im Besitz der Diskontogesellschaft befindet, 1924: 36 207 696,43 Rm.), Effekten 1924 4 918 959,66 Rm., 1914 — (6 012 703,42 Rm.), Provision 1924 30 827 544,78 Rm., 1914 10 099 581 M. (38 474 960,11 Rm.), Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg 1924 1 200 000 Rm., 1914 4 800 000 M. (—), Beteiligung bei dem A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G. 1924 2 500 000 Rm., 1914 —, (—), Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen 1924 324 512,82 Rm., 1914 3 435 544 M. (384 230,27 Rm.), Verfallene Gewinnanteilscheine 1924 —, 1914 324 M. (—), Hierzu Vortrag aus dem Vorjahre 1924 —, 1914 1 217 081 M. (—), Rohgewinn zus. 1924 65 575 880,12 Rm., 1914 39 879 800 M. (81 079 589,23 Rm.). Ab: Verwaltungskosten einschließlich Gewinnbeteiligung der Geschäftsinhaber, Direktoren, Prokuristen und Angestellten 1924 49 483 376,80 Rm., 1914 14 936 545 M. (62 144 360,36 Rm.), Steuern 1924 5 319 520,44 Rm., 1914 2 515 822 M. (6 733 631,74 Rm.), Verlust auf Effekten 1924 —, 1914 2 121 811 M. (—), bleibt Reingewinn 1924 10 772 982,88 Rm., 1914 20 305 622 M. (12 201 597,18 Rm.), für den folgende Verteilung vorgeschlagen wird: Dividende 10 Proz. 1924 9 150 000 Rm., 1914 18 000 000 M., Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats 1924 445 135,13 Rm., 1914 473 684 M., für den Beamtenfonds 1924 —, 1914 300 000 M., Überweisung an die besondere Reserve 1924 1 000 000 Rm., 1914 —, Talonsteuerrücklage 1924 —, 1914 297 857 M., Vortrag auf neue Rechnung 1924 177 847,75 Rm., 1914 1 234 081 M. — Die Hauptposten der Bilanz per 31. Dez. 1924 betragen: **Aktiva**: Kasse, fremde Geldsorten, Coupons und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken 1924 15 849 078,21 Rm., 1914 52 703 878 M. (22 715 877,89 Rm.), Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten 1924 124 407 628,74 Rm., 1914 361 632 012 M. (151 348 847,45 Rm.), Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen 1924 100 206 132,64 Rm., 1914 89 785 442 M. (163 955 293,76 Rm.), Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere 1924 803 158,50 Rm., 1914 109 038 943 M. (2 383 233,50 Rm.), Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen 1924 41 773 704,83 Rm., 1914 9 122 688 M. (44 282 433,39 Rm.), Eigene Wertpapiere 1924 5 745 288,97 Rm., 1914 39 036 459 M. (12 492 294,94 Rm.), a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reiches und der Bundesstaaten 1 067 486,69 Rm., 1914 23 833 484 M. (1 126 506,69 Rm.), b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere 461 417,06 Rm., 1914 2 287 024 M. (774 178,46 Rm.), c) sonstige börsengängige Wertpapiere 2 917 963,44 Rm., 1914 9 648 310 M. (9 288 407,51 Rm.), d) sonstige Wertpapiere 1 298 421,78 Rm., 1914 3 267 641 M. (1 303 202,28 Rm.), Konsortial-Beteiligungen 1924 22 687 033,27 Rm., 1914 60 765 690 M. (27 486 468,23 Rm.), Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg 1924 12 000 000 Rm., 1914 60 000 000 M. (—), Beteiligung bei dem A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G. in Köln 1924 25 0000 000 Rm., 1914 100 000 000 M. (—), Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen 24 777 727 Rm., 61 671 306 M. (27 309 050,58 Rm.), Schuldner in laufender Rechnung: 1924 280 445 701,88 Rm., 1914 427 848 839 M. (353 091 322,20 Rm.), durch börsengängige Wertpapiere gedeckte 1924 46 763 842,83 Rm., 1914 172 756 641 M., sonstige gedeckte 1924 150 437 962,04 Rm., 1914 143 821 627 M. (235 177 701,56 Rm.), ungedeckte 1924 83 243 896,01 Rm., 1914 111 270 571 M. (117 913 620,64 Rm.), außerdem Aval-Schuldner 19 416 094,96 Rm., 1914 57 634,311 M. (24 079 479,89 Rm.), Einrichtung 1924 1 Rm., 1914 200 000 M. (3 Rm.), Bankgebäude 1924 30 031 980 Rm., 1914 21 133 961 M. (41 031 980 Rm.), Sonstige Liegenschaften 1924 3 518 700 Rm., 1914 7 000 000 M. (3 818 700 Rm.). **Passiva**: Gläubiger 1924 534 492 449,98 Rm., 1914 805 681 972 M. (682 578 193,59 Rm.), Akzepte und Schecks 1924 5 780 701,68 Rm., 1914 152 680 230 M. (7 935 714,22 Rm.), außerdem Aval-Verpflichtungen 19 416 094,96 Rm., 1914 57 634 311 M. (24 079 479,89 Rm.), Beamtenfonds 1924 2 200 000 Rm., 1914 6 590 892 M. (2 300 000 Rm.). — Das Kommanditkapital beträgt 100 000 000 Rm. Die allgemeine (gesetzliche) Reserve beläuft sich auf 34 000 000 Rm, der „besonderen Reserve" werden 1 000 000 Rm. zugeführt. Beide Reserven zusammen betragen 35 000 000 Rm., Kapital und Reserven 135 000 000 Rm.

Von den Märkten.

Der polnische Chemikalienmarkt hatte in der Zeit vom 8. bis 14. März eine gewisse Steigerung der Preise zu verzeichnen. Die Marktpreise für technische Chemikalien waren in zł je 100 Kilo: Alaun (Kristall) 25, Chromalaun (15 Prozent) 75, Amoniak (0910) 55, Chromkali 165, Chromnatron 135, Chlorkalk (110/115) 40, Wasserglas (38/40) 25, Glaubersalz 10, Bleioxyd 220, Salmiakkristall 120, Kupfervitriol (94/95) 75, Bittersalz 15, Chlormagnesium 15, Eisenvitriol 5,50, 50proz. Essigsäure 120, 80prozentige chemisch rein 300, Salzsäure (19/21) 10, Olein 180, Lebertran hell 135, dunkel 125, technisches Rhizinusöl 300, Kartoffelmehl superior 48, prima 46, Dextrin 78, Chilesalpeter 39, Schwefelsäure 8. Größere Nachfrage zeigte sich für Kartoffelmehl zum Export, lebhafte Nachfrage für künstliche Düngemittel.

Die neuen polnischen Preise für Naphthaprodukte sind in der letzten, kürzlich in Warschau stattgefundenen Sitzung des Kartells der Raffinerien wie folgt festgesetzt worden: im Inlandsverkauf Petroleum 15 zł (bisher 14) je 100 Kilo, Benzin je nach dem Sortengewicht 24—37 zł (bisher 20—32), Gasöl 13 (12), alles ohne Steuerzuschlag; für das Ausland raffiniertes Petroleum 2,65 Dollar (2,55), destilliertes Petroleum 2,50 Dollar (unverändert), Benzin je nach dem spez. Gewicht 5—12,75 Dollar (3,75—12), Gasöl 2,35 (2,17), Schmieröle 2,65—5,40 (2,60—5,75) Dollar je 100 Kilo loko Grenzstation ohne Zollgebühren.

Produkten. Lemberg, 18. März. Weizen 39—41, Roggen 31—32, Braugerste 32—33, Mahlgerste 26—27, Hafer 31—33, rumänischer Mais 22,88, alle Preise schätzungsweise ohne jegliche Transaktionen.

Warschau, 18. März. Im freien Verkehr wurden für 100 Kilogramm franko Verladestation notiert: Weizen 45, Roggen 33, Hafer 31, Gerste 32, Braugerste 33, Weizenkleie 23—24, Roggenkleie 22, Leinkuchen 31, Rapskuchen 26, Raps 54. Für ein Kilogramm franko Warschau 50proz. Weizenmehl 0.70—0.71, Roggenmehl 0.58—0.59. Die Situation ist unverändert.

Lublin, 18. März. Weizenmehl „00" 74 Nr. 1 68, Nr. 4 57, Nr. 4½ 36, Roggenmehl Nr. 0 52, Nr. 2 36, Schrotmehl 38, Gerstenperlgrütze 70, Weizenkleie 25, alle Preise in Zloty für 100 Kilogramm loko Mühle. Tendenz fest, mit Ausnahme von Weizenmehl, das in letzter Zeit stieg.

Metalle. Berlin, 18. März. Für 1 Kilogramm Elektrolytkupfer wire bears 100 Kg. 1.37, Raffinadekupfer 99—99,3 Prozent 1.25—1.26, Originalhüttenweichblei 0.72½—0.73½, Hüttenrohzinn im freien Verkehr 0.71½—0.72½, Remelted Plattenzink 0.64 bis 0.65, Originalaluminium in Blocks, Barren, gewalzt und gezogen 98—99 Prozent 2.35—2.40, in Barren, gewalzt und gezogen mind. 99 Prozent 2.45—2.50, Banka Straits- und Australzinn 4.95—5.05, Hüttenzinn mind. 99 Prozent 4.85—4.95, Reinnickel 98—99 Prozent 3.40—3.50, Antimon Regulus 1.21—1.23, Silber in Barren Probe mind. 0.900 94—95, Gold 2.81—2.82, Platin 13—15.50 für ein Gramm.

Kurse der Posener Börse.

Für nom. 1000 Mk. in Zloty:

Wertpapiere und Obligationen	19. März	18. März
3½—4% Pos Pfandbr. (Vorkriegs-)	31.00	—.—
6proz. Listy zbożowe Ziemstwa Kred	8.70—9.00	9.00
8proz. Państwowa Pożyczka Złota	—.—	0.80
8% dolar. Listy Pozn. Ziemstwa Kred.	2.80	2.9 2.80
5% Pożyczka konwersyjna . . .	0.47—0.48	—.—
10% Poż. Kolejowa	0.85	—.—
Bankaktien:		
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	7.00—7.25	7.00
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	3.70	3.70
Bank M. Stadthagen - Bydgoszcz I.—IV. Em.	—.—	11.00
Industrieaktien		
R. Barcikowski I.—VII. Em. exkl. Kup.	0.70	—.—
Browar Krotoszyński I.—V. Em	—.—	2.25
H. Cegielski I.—X. Em. f. 50 zł-Akt.	26.00—27.00	26.00
Centrala Skór I.—V Em exkl. Kup.	—.—	2.80
Dębienko I.—IV. Em.	—.—	1.50
Goplana I.—III. Em	9.00—8.80	9.00
C. Hartwig I.—VII. Em.	1.20	1.25
Hurtownia Skór I.—IV. Em. . .	—.—	0.60
Herzfeld-Viktorius I.—III. Em. . .	5.80	5.75
Iskra I.—IV. Em.	—.—	1.30
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. exkl. Kup.	115	110—115
Młyn Ziemiański I.—II. Em. . .	—.—	2.00
Mynotwórnia I.—VI. Em. . . .	0.60	—.—
Płótno I.—III. Em.	—.—	0.40
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	0.80	0.90
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	1.00	1.00
„Tri" I.-III. Em.	—.—	14.00
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em. . .	—.—	10.25
Wytwórnia Chemiczna I.—VI. Em.	—.—	0.45
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV Em.	—.—	1.60

Tendenz: unverändert.

Geldwesen.

≡ **Die österreichische Schillingsrechnung** ist seit dem 1. März auch von der Österreichischen Nationalbank aufgenommen worden. Aufträge werden nur entgegengenommen, wenn die Formulare in Schillingen und Groschen ausgefertigt sind. Schillingsschecks, die auf überstempelten Kronenscheckformularen ausgestellt sind, werden von der Bank nicht eingelöst. Wechsel, die vor dem 1. Juli 1925 in Kronen ausgestellt werden und längstens Ende Dezember d. J. fällig sind, werden noch bis auf weiteres in Eskompte genommen. Ausgeschlossen sind jedoch Schillingswechsel, die auf Kronenformularen ausgestellt sind.

≡ **Über eine 5prozentige russische innere Anleihe** im Gesamtbetrage von 10 Millionen Rubel ist soeben eine Verordnung des Zentralen Exekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare des Bundes der Sowjetrepubliken erschienen. Die Ausgabe erfolgt zum 1. April d. J. Die Laufzeit dauert bis 1. April 1926. Die Anleihe, die in Stücken von 10, 50 und 100 Rubeln ausgegeben wird, ist von Steuern und Gebühren befreit. Der Rückkauf der Stücke, die verkauft und verpfändet werden können, erfolgt zu ihrem Nominalwert ab 1. April 1926 innerhalb drei Jahren. Die Zinsen werden einmal jährlich, am 1. Oktober 1925 erstmalig, gezahlt.

Börsen.

≠ **Der Zloty** am 18. März. **Danzig**: Zloty 100.91—101.71. Ueberw. Warschau 101.04—101.56. **Berlin**: Ueberw. Warschau, Posen oder Kattowitz 80.47½—80.87½. **London**: Ueberw. Warschau 24.82, **Paris**: Ueberw. Warschau 371.75, **Wien**: Zloty 135 90, Ueberw. Warschau 136.50 **Prag**: Zloty 649.75—655.75 Ueberw. Warschau 651.50—6.7 50. **Budapest**: Zloty 13 729—13 883 **Bukarest**: Ueberw. Warschau 39.95 **Czernowitz**: Ueberw. Warschau 39.80, **Riga**: Ueberw. Warschau 102.

≠ **Warschauer Börse vom 18. März. Bankwerte**: Bank Dyskont. Warschau 7.75, Bank Handlowy Warschau 7.00, Bank Przem. Polsk. 0.26, B. Z. Z. P. 2.10, Zw. Sp. Zarobk. 11.15. — **Industriewerte**: Kijewski 0.25, Spieß 2.15, Chem. Zgierz 1.20, Siła i Światło 0.41, Goszławice 2.10, Michałow 0.47, W. T. F. Cukru 3.80, Firley 0.47, Lazy 0.28, Kop. Węgli 3.05, Bracia Nobel 2.20, Cegielski 0.57, Pfitzner u. Gamper 5.00, Lolpop 0.97, Modziejowski 3.20, Norblin 1.05, Ostrowiecki 7.40, Parowoz 0.65, Rohn 0.58, Rutzki 2.07, Starachowice 2.23, Zeleniewski 14.75, Zawiercie 19.00, Zyrardow 12.00, Borkowski 1.65, Haberbusch i Siłe 6.40, Kluczewska F. Pap 0.38, Pustelnik 1.55.

≠ **Eine Getreidebörse in Konstantinopel** ist am 21. Februar d. J. eröffnet worden. Sie wird sich zunächst mit dem Handel in Brotgetreide und Mehl, Kleie, Gerste, Mais, Hafer, Hirse, Lein- und Hanfsamen, Sesam, Puffbohnen, Linsen, Bohnen, Erbsen befassen.

≠ **Krakauer Börse vom 18. März.** (Amtlich.) Małopolski 0.3½, Hipoteczny 0.59, Ziemski Kredyt. 0.15, Azot 0.30, Zieleniewski 14.35—14.75 Cegielski 0.55, Parowozy 0.65—0.66, Trzebinia zel. 0.57, Tepege 1.60—1.65, Polska Nafta 0.56, Krakus 0.95, Chodorów 4.60 bis 4.75 Niemojowski 0.56—0.58, Piasecki 1.75.

≠ **Berliner Börse vom 18. März.** (Amtlich.) Helsingfors 10.56 bis 10.60 Wien 59.125—59.265, Prag 12.425—12.475, Budapest 5.805 bis 5.825 Sofia 3.055—3.055 Holland 167.69—168.11. Oslo 64.62 bis 64.78. Kopenhagen 76.00—76.20. Stockholm 113.05—113.33, London 20.043—20.093, Buenos Aires 1.655—1.659. Neuyork 4.195 bis 4.205 Belgien 21.28—21.34. Mailand 17.095—17.135 Paris 21.915 bis 21.965, Schweiz 80.875—81.075. Spanien 59.50—59.64. Danzig 79.49—79.69. Japan 1.733—1.737. Rio de Janeiro 0.464—0.466 Jugoslawien 6.71—6.73 Portugal 20.025—20.075 Riga 80.35—80.75 Kowno 41.245—41.455. Athen 6.21—6.31. Konstantinopel 2.155—2.165

≠ **Genfer Börse vom 18. März.** (Amtlich.) Neuyork 5.18½, London 24.79¾, Paris 26.88¾, Wien 73.07½, Prag 15.48¾ Mailand 21.11½, Belgien 26.30, Budapest 72.00 Sofia 3.80 Holland 207.35, Oslo 79.80 Kopenhagen 94.20 Stockholm 139.75, Spanien 73.65, Bukarest 2.55, Berlin 123.41, Belgrad 8.41¼.

≠ **Wiener Börse vom 18. März.** (In 1000 Kronen.) Austr. Kol. Poł.-W. 413 Kol. Półn. 97.25, Kol. Lwów—Czern. 160 Kol. Połudn. 53.3, Alpiny 386.1, Sierżą 62, Silesia 12, Zieleniewski 207. Jrag 50. Krupp 192, Prask. Tow. zel. 1925, Huta Poldi 910. Skoda 1449 Rima 139.1. Karpaty 144. Galicja 1260. Nafta 157. Lumen 8. Schodnica 192, Warsz. Bank Dyskont. 94 Mraźnica 35—36.5.

≠ **Züricher Börse vom 18. März.** (Amtlich.) Neuyork 5.18¾ London 24.79¼, Paris 26.90, Wien 73.10, Prag 15.38¾ Mailand 21.11¼, Belgien 26.25, Budapest 71.80, Sofia 3.77½, Holland 207.30, Oslo 79.95, Kopenhagen 94.20, Stockholm 139.70, Spanien 73.65, Bukarest 2.51. Berlin 123.40, Belgrad 8.32.

≠ **Danziger Börse vom 18. März.** (Amtlich.) London Scheck 25.20½, Paris 27.53—27.67 Dollar 5.2543—5.2807 Schweiz 101.03 bis 101.93. Holland 210.37—211.43. Berlin 125.336—125.954. deutsche Mark 125.387—126.014.

≠ **1 Gramm Feingold bei der Bank Polski für den 19. März 1925** — 3.4608 zł. (M. P. Nr. 64 vom 18. März 1925.)

Warschauer Vorbörse vom 19. März.

Dollar 5.18½, Englisch Pfund 24.74. Schweizer Frank 99.94. Französischer Frank 27.03.

Andauernd Preußenkrise.

Marx abermals erfolglos.

Marx, der Unermüdliche und Unentmutlichste, war bereit, gestern die Regierungsbildung in Preußen zu vollziehen. Als er mit den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei eine letzte Rücksprache nehmen wollte, teilten ihm die Vertreter dieser Parteien mit, daß sie eine Kabinettsbildung durch ihn ablehnten, da er Kandidat für die Reichspräsidentschaft sei.

Bei der folgenden Besprechung mit den Linksparteien berichtete der Ministerpräsident über diese Ablehnung der Rechtsparteien. Er erklärte, daß er unter diesen Umständen zunächst mit der Reichsparteileitung des Zentrums verhandeln müsse, um zu wissen, wie sich die zu weiteren Fragen der preußischen Regierungsbildung in diesem Falle verhalte.

Zur Entwicklung dieser Vorgänge schreibt das „B. T.“:

„Der Kampf um die Macht in Preußen ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Die vereinigte Rechte hat endlich ihre Karten aufdecken und zeigen müssen, daß es ihr nicht um staatserhaltende Politik zu tun ist, sondern, daß sie jeden Weg geht, um die legale Reaktion auch in Preußen durchzuführen. Hatten bisher die Fraktionen der Rechten immer erklärt, daß sie durchaus bereit seien, mit Marx zusammenzuarbeiten, daß sie ihn aber nicht in einer Regierung unterstützen könnten, in der die Sozialdemokratie entscheidenden Einfluß hätte. So zogen sie sich schließlich darauf zurück, daß Severing für sie untragbar sei. Nunmehr hatte der Ministerpräsident Marx diesen Verhältnissen Rechnung getragen und sich bemüht, ein überparteiliches Kabinett zustande zu bringen. Der Führer der volksparteilichen Preußenfraktion, Herr v. Campe, hatte in der vorigen Woche bei einer Rücksprache mit Marx den Ministerpräsidenten gefragt, ob er seine Kandidatur als Reichspräsident nicht als eine gewisse Belastung bei der Bildung des preußischen Kabinetts empfände. Marx verneinte dies. Er ahnte nicht, daß hier bereits die Andeutung zu einer neuen Kampfmethode lag. Es ist aber nicht richtig, wie die „Deutsche Tageszeitung“ heute früh es darstellt, man hätte bereits vor Tagen Marx darauf hingewiesen, daß er von rechts nicht mehr unterstützt werden könnte, weil er als Reichspräsident kandidiere. Es ist weiter nicht richtig, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, Marx hätte an Severing nach wie vor unbedingt festhalten wollen. Tatsache ist, daß Marx in einer Aussprache mit Herrn v. Campe diesen darauf hinwies, daß er es für günstig halte, wenn Severing angesichts der großen Pläne der Kommunisten und der Vorgänge in Halle mindestens bis zum Ausgang der Wahlen des Reichspräsidenten in seinem Amte verbleibe.

Herr v. Campe hat nunmehr gestern und noch nachdrücklicher heute versucht, das Zentrum zu einer Zwischenlösung zu veranlassen. Auf die Erklärung des Ministerpräsidenten Marx, er habe sein Kabinett fertig gemeldet und könnte es heute dem Landtag vorstellen, haben die Rechtsparteien bekanntlich erklärt, daß sie zwar geneigt wären, das von Marx beabsichtigte Kabinett zu unterstützen, daß sie aber nunmehr verlangen müßten, daß Marx als Ministerpräsident abtrete und einem unparteiischen Beamten Platz mache. Wir möchten darauf hinweisen, daß diese Zwischenlösung, die die Rechte vorschlägt, nichts als eine Leimrute ist, um einerseits freiere Bahn für die Gewinnung der Macht in Preußen zu haben und andererseits ein wichtiges Agitationsmittel zur Bekämpfung Marx' als Reichspräsidentschaftskandidaten in die Hand zu bekommen.“

Zusammenkunft des Aeltestenrates.

Der Ältestenrat des Landtages trat noch im Laufe des Nachmittags zusammen; er beriet darüber, ob für die heutige Sitzung Kabinettsvorstellung, Regierungserklärung und deren Besprechung auf die Tagesordnung gesetzt werden sollten. Es war vorgesehen, daß mit dieser Besprechung der Urantrag der Deutschnationalen über die Tätigkeit eines Geschäftsministeriums verbunden werden sollte. Nach diesem sollen bekanntlich nur solche Gegenstände einem Geschäftsministerium vorenthalten bleiben, die der vorherigen Zustimmung des Landtages bedürfen, ferner die Einbringung des Haushaltes und Ernennungen und Versetzungen höherer Beamter, letzterer, sofern es sich nicht um Disziplinarverfahren handelt. Der Ältestenrat beschloß, die Entscheidung dem Landtagsplenum anheimzustellen, ob der erste Punkt oder an seiner Stelle die Neuwahl des Ministerpräsidenten beibehalten werden soll.

Beratungen des Zentrums.

Berlin, 19. März. **Im preußischen Landtag berieten am Mittwoch abend die Vorstände der Reichstags- und Landtagsfraktion des Zentrums über die Regierungsbildung und nahm den Bericht des Ministerpräsidenten Marx entgegen. Entscheidende Beschlüsse wurden, wie wir hören, nicht gefaßt. Die Beratungen sollen fortgesetzt werden.**

Die Pariser Besprechung und ihr Ergebnis.

Ein Höflichkeitsbesuch.

So oft als von einer Zusammenkunft Chamberlains mit Herriot die Rede ist, wird auch von einer Verständigung gesprochen und betont, daß der französische und englische Standpunkt fast derselbe sei. Doch diese Mitteilungen sind weiter nichts als die offiziellen Beruhigungspulver, die der Öffentlichkeit, die um ihre Sicherheit besorgt ist, verabfolgt werden.

Auch jetzt haben sich wieder einmal Herriot und Chamberlain „glänzend verständigt“.

Zu dieser Unterredung schreibt Pertinax, der Pariser Korrespondent des „Daily Telegr.“ u. a.:

„Der Bericht der Militärkontrollkommission werde nicht, oder wenigstens vorläufig nicht veröffentlicht werden. Chamberlain vertrete die Ansicht, daß eine Veröffentlichung des Berichts die internationale Atmosphäre nicht günstig beeinflussen werde. Nächste Woche werde der ergänzende Bericht des Versailler Komitees der Botschafterkonferenz übergeben werden. In diesem Bericht werde auch das endgültige Programm über die Entwaffnung enthalten sein, das Deutschland in der nächsten Zukunft durchführen solle. Diskussionen zwischen den Regierungen werden folgen. Vorläufig sei eine Alliiertenkonferenz unter Teilnahme Deutschlands nicht in Aussicht genommen. Die deutschen Vorschläge würden weiterhin von der Pariser und Londoner Regierung geprüft, aber der angeregte Pakt werde erst zum Abschluß gelangen, wenn Deutschland dem Völkerbund beigetreten sei. Der Sicherheitspakt werde zudem keine Bestimmungen enthalten, die mit Artikel 19 der Völkerbundssatzung kollidierten, wonach die Ostgrenzen Deutschlands nur durch einstimmigen Beschluß der Völkerbundsversammlung geändert werden könnten. Herriot trete für die Aufnahme Polens und der Tschechoslowakei in den Pakt ein, Chamberlain dagegen sei wohl bereit, für die Stabilität der östlichen Grenze Deutschlands zu wirken, möchte sich aber nicht damit einverstanden erklären, daß die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen östlichen Grenze von allen Westmächten garantiert werde. Was die Entmilitarisierung des Rheinlandes angehe, so beständen noch die früheren entgegengesetzten Ansichten. Also Chamberlain sei der Meinung, daß weder die Alliierten, noch der Völkerbund ein Recht hätten, eine dauernde Kontroll-Kommission im Rheinland festzusetzen. Herriot dagegen vertrete noch immer den Standpunkt, daß eine Verletzung der Entmilitarisierungsklausel als ein feindlicher Akt betrachtet werden müsse.“

Im allgemeinen sind die Blätter der Ansicht, daß dieser Besuch Chamberlains bei Herriot ein Höflichkeitsbesuch war, der die Uneinigkeit zwischen Frankreich und Genf vertuschen und verwischen soll. Das ganze Bild wurde nicht klarer, durch die Bemühungen Skrzyńskis und Benesch', die auf Herriot in anderer Richtung zu wirken versuchen.

Die „Vereinigten Staaten von Europa“.

Ein Plan Dr. Benesch'.

Dr. Benesch, der vielbewegliche Ministerpräsident der Tschechoslowakei, ist mit einem neuen Plan an die Oeffentlichkeit getreten, der anstatt des Garantiepaktes als Sicherheitsventil für Europa dienen soll. Er hat gestern die Vertreter der Pariser Presse zu sich geladen, um ihnen über seine „Erfindung“ die näheren Erklärungen zu geben. Das „Pan-Europa“ des Herrn Dr. Benesch soll folgendermaßen aussehen: Es soll zunächst vier Gruppen umfassen. Die erste Gruppe (Westmächte) soll einschließen:

England, Frankreich, Belgien, Holland Spanien und Deutschland, die zweite Gruppe (Zentralstaaten): Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Serbien, Rumänien und Österreich, die dritte Gruppe: die Balkanstaaten und vielleicht die Türkei, die vierte Gruppe: die skandinavischen Staaten. Italien soll wählen, ob es lieber den Westmächten oder den Zentralstaaten sich anschließen will. Der Vorteil dieser Bildung von Bündnissen soll darin bestehen, daß im Falle eines unvermeidlichen Konfliktes, die einzelne Gruppe so stark sein werde, daß „sie schon für sich allein einem Gegner zu denken geben könne“.

Was die Presse dazu sagt:

„Pat“ meldet aus Rom: Die italienische Presse kommentiert lebhaft das Projekt von Benesch über die Vereinigten Staaten von Europa, das Herriot vorgelegt wurde. „Sereno“ schreibt, daß dieses Projekt nicht neu sei; denn schon Nitti habe in seinen Werken diesen Gedanken propagiert und als Vorspiel dazu eine Zollunion vorgeschlagen.

Die „Agencja Wschodnia“ meldet aus Warschau: Das „Petit Journal“ meldet in der Frage der Sicherheit im Osten und Westen Europas, daß der Gedanke der Teilung Europas in zwei Lager eine Maskierung des Sicherheitspaktes zwischen England, Frankreich Belgien und Deutschland unter Ausschluß von Garantien für die Ostgrenzen wäre. Diese Grenzen sollten durch einen Pakt garantiert werden, in den Polen, die Kleine Entente und Oesterreich einträten. **Aus den Umrissen dieses Blattes geht hervor,** daß das deutsche Projekt betreffs der Ostgrenzen Gestalt angenommen habe und man zur Befriedigung Europas jene besondere Garantiegruppe projektiere.

Die „Agencja Wschodnia“ berichtet ferner aus Wien: „Neue Freie Presse“ schreibt auf Grund angeblich sicherer Quellen, daß, wenn die französische Regierung sich an die deutsche Regierung mit der Aufforderung der Garantierung der Ostgrenzen wenden würde auf eine Absage der deutschen Regierung stoßen würde, um so mehr, als die englische und die italienische Regierung darin eins seien, daß man dieses von Deutschland nicht verlangen könne. Die deutsche Regierung beabsichtigt gegenwärtig nicht, diese Angelegenheit vorzurücken. Man muß jedoch damit rechnen, daß Rußland diesen Schritt tun wird. Die deutsche Regierung hält die Lage im Osten für unmöglich. Sie bestreitet den Polen nicht das Recht, Teilgebiete mit polnischer Bevölkerung zu behalten, betrachtet aber eine allgemeine Grenzrevision als notwendig.

Der neue Botschafter Amerikas in Deutschland.

Schurmann, Nachfolger Houghtons.

Neuyork, 18. März. Aus Washington wird amtlich gemeldet, daß Coolidge Schurmann zum Botschafter in Berlin ernannt hat. Die Ernennung erfolgte nach der Erteilung des Agrements durch die deutsche Regierung. Coolidge wird noch heute die Nomination dem Senat zur Bestätigung zustellen. Schurmanns Auswahl ist insofern ein Novum, als Versetzungen von Botschafter von einem Posten auf den anderen ungebräuchlich sind.

*

Der zum amerikanischen Botschafter in Berlin ernannte bisherige Gesandte in China, Jakob Gould Schurmann, ist holländischer Abstammung. Er ist in Kanada geboren und studierte in Heidelberg, Berlin, Göttingen und auf französischen und englischen Universitäten. Im Jahre 1892 erwarb er im Staate Neuyork die amerikanische Staatsangehörigkeit. Vor seinem Eintritt in den diplomatischen Dienst war Schurmann Rektor der Cornell-Universität, an der er sich als Lehrer und Kenner der öffentlichen Angelegenheiten internationalen Ruf erwarb. Als Gesandter in China hat sich Schurmann durch die Art und Weise, in der er manche heikle diplomatische Frage behandelte, die größte Anerkennung der Regierung erworben.

Deutsches Reich.

Jubiläumsfeier eines Industrieverbandes.

Dresden, 18. März. Heute beging hier die Mitteldeutsche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß fand mittags in der Aula der Technischen Hochschule ein Festakt statt, an dem außer Vertretern der sächsischen Regierung der türkische Finanzminister v. Klüchzner, auch die Herren Oberbürgermeister Blüher, der Wehrkreiskommandeur General Müller sowie eine große Zahl industrieller Ehrengäste aus Sachsen, Thüringen und Schlesien teilnahmen.

Beginn des Prozesses gegen den Massenmörder Angerstein.

Gießen, 18. März. Nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle wird der Prozeß gegen den Massenmörder von Haiger, Angerstein, voraussichtlich im Juni dieses Jahres verhandelt werden. Für den Prozeß sind mehrere Tage in Aussicht genommen, da etwa 120 Zeugen und Sachverständige gehört werden sollen.

Raubüberfall in Berlin—Friedenau.

Berlin 18. März. Heute vormittag drangen drei Männer in die Räume der Teltower Sparkasse am Lauter-Platz in Friedenau ein. Sie hielten den Kassenvorstand, der sich allein im Kassenraum befand, mit vorgehaltenem Revolver in Schach und raubten dann den gesamten Inhalt der Kasse, etwa 10 000 Mark. Darauf ergriffen sie die Flucht und versuchten in dem Gedränge des Wochenmarktes zu entkommen. Es gelang den Beamten der Kasse, nach längerer Verfolgung zwei der Räuber festzunehmen.

Von Hamburgs Stadtverwaltung.

Hamburg 19. März. Der Senat hat Senator Dr. Petersen (Demokrat) zum ersten und Senator Dr. Schramm (Volkspartei) zum zweiten Bürgermeister ernannt.

Deutsche Hochbauten.

Auch Deutschland bekommt seine Wolkenkratzer, so wird die Bremer Rolandsmühle zu einem Turmhause ausgebaut. Der Neubau ist 71½ Meter hoch und hat 13 Stockwerke, über denen sich noch die Kuppel erhebt. Der Bau stellt eine Erweiterung der Silo-Anlage dar. In den Lagerräumen können nach Fertigstellung mehrere tausend Tonnen Getreide Platz finden.

Das in Köln erstehende Hochhaus am Hansaring ist gleichfalls im Rohbau fertig und soll am 1. April schlüsselfertig sein. Das Gebäude wird in stärkerem Maße Ausstellungszwecken dienen. Im Erdgeschoß sind Ladenlokale, ferner ein Café und ein Saal u. a. vorgesehen. Das Haus ist 37 Meter hoch, der Turm 65 Meter. Mit 2000 Fenstern und 300 Türen dürfte dieses Gebäude ein sehenswertes Geschäftshaus werden.

Vor einem gültigen Schiedsspruch.

Berlin, 19. März. Mehrere Blätter rechnen damit, daß der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch in dem Lohn- und Arbeitszeitkonflikte bei der Reichsbahngesellschaft im Laufe des heutigen Tages für verbindlich erklären werde.

Zur Aufwertungsregelung.

Berlin, 19. März. Die „Vossische Zeitung“ hört, daß die Besprechungen der Reichsregierung, die mit den Parteien auf Grund eines vom Reichsjustizministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurfes zur Regelung der Aufwertungsfrage geführt werden, soweit gediehen seien, daß mit dem Abschluß der Verhandlungen vielleicht schon für heute gerechnet werden könne.

Russische Truppenzusammenziehung gegen Rumänien?

Wie der „Lok.-Anz.“ schreibt, meldet Reuter aus angeblich wohlunterrichteter Quelle, daß Rußland große Kriegsvorbereitungen treffe. Die Mobilisierung von 56 Infanteriedivisionen, deren jede 4 Tanks und 4 Kampfflugzeuge besäße, sei vollendet. Außerdem habe das Kriegskommissariat in Holland, Spanien und Italien außerordentlich bedeutende Bestellungen auf Kriegsmaterial gemacht. Eine Fabrik sei allein mit der Lieferung von 10 Geschützen schwersten Kalibers beauftragt. Im Südwesten der Sowjetrepublik, an der rumänischen Grenze, seien sehr starke Kavalleriekörper zusammengezogen.

Aus anderen Ländern.

Die russischen Schulden bei Frankreich.

Paris, 18. März. Der Vorsitzende des russischen Ausschusses, der in Paris die Verhandlungen mit dem französischen Ausschuß über die Regelung der russischen Schulden an Frankreich aufnehmen soll, Preobraschenski, hat dem „Journal“ folgende Erklärung abgegeben:

„Ich für mein Teil kann Ihnen versichern, daß meine Regierung die aufrichtige Absicht hat, zu irgend einer beider Interessen befriedigenden Regelung zu gelangen. Ich kann im Augenblick darüber hinaus nichts sagen, weil es verfrüht ist, auch nur die Umrisse der verschiedenen möglichen Abkommen darzulegen. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn die Inhaber russischer Papiere anstatt in heftigen Worten die restlose Rückzahlung ihrer Guthaben bis auf den letzten Centimes zu fordern, einen Vorschlag zur vernünftigen Regelung machen würden, das heißt, einen Vorschlag, der sich auf die konkrete Tatsache stützt und der Lage und den Schwierigkeiten Rußlands Rechnung trägt.“

Erholungsreise des Königs von England.

König Georg von England wird morgen von Dover nach Calais in einem Fährboot reisen. Die Ankunft an der französischen Küste ist für 1 Uhr nachmittags vorgesehen. Zum Empfang des Königs werden Vertreter der französischen Regierung anwesend sein. König Georg wird in einem Sonderzug, den ihm der Präsident der Republik zur Verfügung gestellt hat, die Reise zurücklegen und gegen 4 Uhr nachmittags ohne Aufenthalt Paris passieren.

Lohnkämpfe in Schweden.

Über die Riesenaussperrung in Schweden, von der, wie gemeldet, bisher 130 000 Arbeiter betroffen wurden, meldet der „Vorwärts“ aus Stockholm, daß es sich um die Frage einer allgemeinen Lohnherabsetzung handle, die bereits seit einem Jahre von den Arbeitgeberverbänden geplant sei. Begründet wird die Lohnherabsetzung damit, daß die schwedischen Löhne die höchsten der Welt seien und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der schwedischen Industrie unterbänden. Auch sei von den Industriellen beabsichtigt, den bisher streng durchgeführten Achtstundentag abzubauen.

Herriot berichtet dem Kabinett.

Paris, 19. März. Gestern abend hat unter dem Vorsitz von Herriot ein Kabinettsrat stattgefunden. Herriot hat seine Kollegen über den Stand der auswärtigen Politik unterrichtet und ihnen den Inhalt der Erklärungen bekannt gegeben, die er im Laufe der Interpellationsdebatte abgeben will. Der Kabinettsrat hat beschlossen, daß ab 13. April bis zu den Munizipalwahlen alle Ministerreisen unterbleiben sollen.

Letzte Meldungen.

Gegen den Generalstreik.

Stockholm, 19. März. **Der Zentralausschuß des allgemeinen schwedischen Gewerkschaftsbundes hat sich einmütig gegen den Generalstreik ausgesprochen.**

Zechenunglück.

Essen, 19. März. **Die „Essener Allgemeine Zeitung“ meldet aus Osterfeld: Auf der Zeche Osterfeld wurden zwei Bergleute durch herabstürzende Gesteinsmassen verschüttet. Sie wurden schwerverletzt in das Krankenhaus überführt.**

Dr. Benesch wieder in Prag.

Paris, 19. März. **Der tschechische Außenminister Benesch wird heute abend nach Prag zurückkehren.**

Curzons Zustand hoffnungslos.

London, 19. März. **Wie zuverlässig verlautet, wird Lord Curzons Zustand als hoffnungslos bezeichnet.**

Ein Großfeuer.

Palmbeach, 19. März. **Ein Großfeuer zerstörte zwei Hotels und sprang auf die in der Nähe stehenden Landhäuser über. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der angerichtete Schaden wird auf 2½ bis 5 Millionen geschätzt.**

Hackmaschinen

System „Woolnough"
(wie von Dehne gebaut)
für Getreide und Rüben
liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser

Woldemar Günter

Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Fette und Öle.
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6. — Tel. 52-25.



Wer seine **Besitzung** verkaufen oder verpachten will, gleich welcher Art und Größe, wende sich vertrauensvoll an den Güte verwalter **Wojciechowski**, Poznań, ul. Zielona 3 I, Telephon 24-21.

Güter, Villen, Häuser, Stellen, Geschäfte jeder Art vermittelt: Grundstücks-Zentrale Wilh. Titze, Schwiebus (Schl.), Oberbolkostr. 4.

Besseres Landhaus (8 Zimmer) m. großem Obstgarten an evangelische Familie sofort zu verpachten. Bewerbungen unt. **P. C. 4637** an die Geschäftsst. d. Bl.

Konditorei Erhorn

Bestell- und Versandgeschäft Poznań
Fr. Ratajczaka 39 Tel. 3228 Fr. Ratajczaka 39

Behagl. Aufenthalt — Belegte Brötchen
Erstklassiger Kaffee — Pasteten
Frisches Gebäck zu jeder Tageszeit — Bouillon in Tassen
Weine, Biere u. Liköre.

Sahnen-Bonbon
sind wohlschmeckend und nahrhaft von Kaszubowski - Starogard.

Kaufmann sucht von sofort oder später gutgehendes (4581 **Kolonialwaren-Geschäft** oder **Gastwirtschaft** zu pachten. **MAX RAU**, Powidz, pow. Witkowo.

Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
PORT
übernimmt Hagelversicherungen zu festen, billigen Prämien.
Anträge nehmen entgegen:
Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft Poznań, Wjazdowa 3, alle Ortsagenten, sowie die **Direktion in Poznań, Zwierzyniecka 6.**

Optanten u. Auswanderer
welche sich in Deutschland ankaufen wollen, erhalten **zweckdienliche Auskunft** unter **L. 4579** an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Seltenes Angebot: Wir bieten, sofort lieferbar, antiquarisch, wie neu,
Meyers großes Konversationslexikon, 21 Bände, eleg. geb., 6. Auflage, zum Kauf an.
Brockhaus großes Konversationslexikon 13. Auflage mit Abbildungen und Karten, 17 Bde., elegant gebunden.
Bastelbuch für Radioamateure, komplett gebunden.
Bibliothek des allgemeinen u. prakt. Wissens. Zur Anschaffung empfehlen antiquarisch sehr gut erhalten und in Leinen gebunden:
Chopin, Pianofortewerke II. Abteilung. Ausg. Breitkopf u. Härtel, Quartformat, 451 Seiten. Preis 15 Zloty, nach außerhalb mit Portozuschlag.
Versandbuchhandlung der Drukarnia Concordia Sp. Akc. (fr. Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.) Poznań, Zwierzyniecka 6.

Spielplan des Großen Theaters.
Donnerstag,	den 19. 3.	„Die schöne Helena".
Freitag,	den 20. 3.	„Legenda Baltyku".
Sonnabend,	den 21. 3.	„Balettabend".
Sonntag,	den 22. 3.	nachm. 3 Uhr „Orpheus in der Unterwelt".
Sonntag,	den 22. 3.,	abends 7½ Uhr „Goplana".
Montag,	den 23. 3.	„Die Jüdin". Gastsp. B. Sobierajski.

Suche Landwirtschaft,
möglichst Privateigentum (eventl. auch Ansiedlung). **7000 zł in bar** vorhanden.
Off. unt. **G. H. 4660** a. d. Geschäftsst. ds. Bl.

Teatr Pałacowy, plac Wolności 6.
„Der geflügelte Sieger".
Ein Zukunftsbild.
In den Hauptrollen: Węgrzyn, Jaracz, Frenkel, Lili Zielińska.

Für Optanten! Verkaufe
mein in einer großen Ortschaft **Nähe Senftenbergs** gelegenes
Schmiedegrundstück.
Gebäude massiv, 3 Morg. Eigen- und 10 Morg. Pachtland. **Preis 17 000 Rmk.** bei 10 000 Rmk. Anzahlung. Käufer muß unbedingt Hufschmied sein, da Pferdekundschaft (ca. 160 Pferde). Schreiben sind zu richten an
Schmiedemeister Richard Schmidt, Groß-Koschen Post Senftenberg.



Landwirt,
poln. Staatsbürger, gut eingerichtete ca. 40—80 Morgen große Landwirtschaft zu kaufen od. zu pachten. Angeb. bitte unter **R. I. 4612** an die Geschäftsstelle ds. Bl. zu richten.

Badeofen, gebrauchten, gut erhalten, für **Kohlenheizung** suche ich **zu kaufen.** Off. unt. **S. 4587** an die Geschäftsst. ds. Bl. erbeten.

Suche zu **kaufen** gebrauchte, aber noch gut erhaltene voll neue
Drehrolle.
Gefl. Zuschr. an **W. Guhr, Ostrów** Zdunowska 1.

Schützenhaus mit Saal
und ca. 33 Morg. Land, ein schl. schönem Garten, Teich u. guten Wiesen. Eingetr. Wassermühlengrundstück, auch zu and. Unternehmen geeignet, bald zu verkaufen.
O. Rosenberger, Ostrzeszów.

Fenster-, Garten-, Möbel-Glas
Schaufensterscheiben, Spiegel aller Art, auch gerahmte. **Glaserkitt, Diamanten** empfiehlt
Wielkopolska Hurtownia Szkła T. z o. p.
Tel. 55-59. Poznań, Półwiejska 9. Tel. 55-59.
Eigene Spiegelfabrik und Glasschleiferei.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen. Synagoge A Wolnica.
Freitag, abends 6¼ Uhr, Sonnabend, morgens 7½ Uhr, vormittags 10 Uhr, mit Neumondverkünd. (Nissan) und Predigt nachm. 6¼ Uhr mit Jugendandacht u. Predigt. Sabbatausgang 7 Uhr 1 Minute.
Werktäglich morgens 7 Uhr mit anschl. Lehrvortrag. Werktäglich, abends 6½ Uhr. Mittwoch abends Jom Kippur Koton.
Synagoge B (Israel. Brüdergemeinde). Ulica Dominikańska.
Freitag abends 6¼ Uhr, Sonnabend vormittags 10 Uhr.

Zittauer Zwiebeln
(prima Ware) **Ztr. 30 zł.** Kasse voraus, verkauft **W. Litz, Wiesen (Wielkop.)**

Seradellaschrot,
hergestellt aus reinem, gesundem Samen neuester Ernte,
vorzügliches Futtermittel,
offeriert billigst in Waggonladungen
Landwirtschaftl. Ein- und Verkaufsgenossenschaft Sp. zap. z ogr. odp.
Telephon 32 **Margonin** Telephon 32.

Goldgrube!
Fischgroßhandlung in Breslau
mit Wohnung ohne Tausch, zwei Gespanne, Lieferauto, großer Umsatz, verkauft wegen dauernder Krankheit der Frau. Kurzentschlossener Käufer mit mindestens 15000 bar melde sich unter **B. K. 724** an Rudolf Mosse, Breslau.

Nervöse, Neurastheniker,
die an Reizbarkeit, Willensschwäche, Energielosigkeit, trüber Stimmung, Lebensüberdruß, Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen, Angst- und Zwangszuständen, Hypochondrie, nervösen Herz- und Magenbeschwerden leiden, erhalten kostenfreie Broschüre von **Dr. Weise** über Nervenleiden.
Dr. Gebhard & Co. Danzig, Kass. Markt 1b.

Büroräume
möglichst im Zentrum der Stadt per sofort oder später gesucht.
Offerten unter **B. C. 4609** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Größeres Geschäftsgrundstück,
mit 2 großen Läden und 6 Zimmern, in Kreisstadt der früh. Prov. Posen, in guter Lage, umgebend günstig **zu verkaufen** oder **zu verpachten.** Anfragen unter **4634** an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Bitte ausschneiden! Bitte aufbewahren!
Auskunft
und Rat in **allen** polizeilichen, Verwaltungs- u. gerichtlichen Sachen, Hypotheken- und Erbschaftsregulierungen, Paßsachen, Staatsangehörigkeitsfragen und **Steuersachen** auf Grund langjähr. prakt. Erfahrungen. Anfertigung von Gesuchen, Beschwerden und sonstigen Schriftstücken **jeder Art.**
Droese, Kreissekretär a. D., Srem, ul. Kilińskiego (Czempinerstraße) Nr. 45.

Neu, sofort lieferbar: Müller von der Bruck
Das Dritte Reich brosch. 8 Zloty.
Boehm, Europa irredenta geb. 14 Zloty, nach auswärts mit Portozuschlag.
Versandbuchhandlung der Drukarnia Concordia Sp. Akc. (fr. Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.) Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Postbestellung.
An das Postamt
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für das 2. Vierteljahr 1925
(April—Mai—Juni)

Name ……
Wohnort ……
Postanstalt ……
Straße ……

15000 Spargelpflanzen
(3 jährig) empfiehlt **Appelbaum, Rawicz.**

Wohnungen
Großes möbliertes Zimmer Nähe des Botan. Gartens **sofort zu vermieten Poznań** Siemiradzkiego 5 I.

Motor-Ergomobil,
8 P.S., mit Dreschsatz und doppelter Reinigung, gut erhalten, Leistung pro Stunde bis 18 Ztr. steht zum Verkauf. Preis 2500 Zloty. Näheres bei
Gustav König in Jaromierz bei Koppanica, Kr. Wollstein.

Gut erhaltene, wenig gebrauchte
Strickmaschine,
Nadelbettlänge 0,60 m., Fabrikat Seyfert und Donner, hat preiswert abzugeben
Jos. Wilke, Racendow, powiat Jarocin.

Möbliertes Zimmer vom 15. 3. zu vermieten. ul. Gen. Kosińskiego 15 III.

Ausschneiden! Ausschneiden!
Postbestellung.
An das Postamt
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat April 1925

Name ……
Wohnort ……
Postanstalt ……
Straße ……